

Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Gremium: Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz

und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:

Donnerstag, 15.09.2011, 18:00 Uhr Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. Ort, Raum:

79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

11/SVV/0604

Onemane	<u> </u>	
1	Eröffnung der Sitzung	
1.1	Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung	
2	Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung	
2.1	Linden in der Seepromenade erhalten	Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen - Wiedervorlage -
	09/SVV/0843	
2.2	Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade 10/SVV/0600	FB Grün- und Verkehrsflächen - Wiedervorlage -
2.3	Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke	Fraktion SPD mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW - Wiedervorlage -
	10/SVV/0630	oud.ve.nage
2.4	Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen 11/SVV/0534	Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
2.5	Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am Böttcherberg" 11/SVV/0558	FB Grün- und Verkehrsflächen
2.6	Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung	FB Stadtplanung und Bauordnung Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2.7	11/SVV/0641	FB Grün- und Verkehrsflächen
2.8	Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung) 11/SVV/0642	FB Grün- und Verkehrsflächen
2.9	Tierheimneubau 11/SVV/0617	Fraktion DIE LINKE
2.10	Tonnagebegrenzung	Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten
	11/SVV/0634	Demonden
2.11	Verwertung Bioabfälle	Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen
	11/SVV/0635	
2.12	Sitzungskalender 2012	Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
	11/SVV/0571	Volonizonadi del ett v
3	Mitteilungen der Verwaltung	
3.1	Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz 11/SVV/0482	FB Grün- und Verkehrsflächen
3.2	Schafgraben 11/SVV/0599	FB Grün-und Verkehrsflächen
4	Berichte und Informationen	
4.1	Information zur Katastrophenschutzplanung Forschungsreaktor BER II	
4.2	Informationen zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung	
4.3	Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz	
5	Sonstiges	

Nichtöffentlicher Teil

6 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011



Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Niederschrift

30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin: Donnerstag, 15.09.2011

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 20:55 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.

79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer SPD Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold

Frau Gudrun Hofmeister

Herr Ralf Jäkel

Herr Dr. Ralf Otto

DIE LINKE

DIE LINKE

SPD

Herr Andreas Menzel Bündnis 90/Die Grünen anwesend bis 20:36 Uhr

Herr Björn Teuteberg FDP

Herr Sven Brödno Die Andere anwesend bis 20:36 Uhr

stelly. Ausschussmitglieder

Herr Horst Heinzel CDU/ANW

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Walter Grüne/B90 Herr Hans Becker CDU/ANW SPD Herr Marcus Krause Frau Jacqueline Krüger **FDP** Frau Elke Lentz SPD Herr Wolfgang Schwarze **DIE LINKE** Herr Wolfgang Schütt CDU/ANW Herr Horst Siebenhaar Seniorenbeirat Herr Andreas Vogel **DIE LINKE**

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

HerrHans-Peter MichalskeSPDentschuldigtHerrKlaus RietzCDUANWentschuldigtHerrWolfhard KirschBürgerBündnisentschuldigt

sachkundige Einwohner

HerrTino HenningDIE LINKEnicht entschuldigtHerrManfred KleinertDIE LINKEentschuldigt

Herr Andreas König Behindertenbeirat entschuldigt Herr Holger Wolinski SPD entschuldigt

Gäste:

Frau Alexandra Donat
Herr Thomas Schenke
Frau Ines Rudolph-Henning
Herr Reik Becker
Frau Viola Holtkamp
Frau Anke Latacz-Blume
Anwohnerin Pappelallee
FB Grün- und Verkehrsflächen
FB Grün- und Verkehrsflächen
FB Stadtplanung und Bauordnung
FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Herr Wolfgang Hülsebeck FB Feuerwehr

Frau Ilona Hönes FB Ordnung und Sicherheit

Frau Martina Spyra Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 2.1 Linden in der Seepromenade erhalten

Vorlage: 09/SVV/0843

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

2.2 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade

Vorlage: 10/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- Wiedervorlage -

2.3 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke

Vorlage: 10/SVV/0630

Fraktion SPD

mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

2.4 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen

Vorlage: 11/SVV/0534

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

2.5 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am Böttcher-

bera"

Vorlage: 11/SVV/0558

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

2.6 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Än-

derung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des

Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung

Vorlage: 11/SVV/0604

FB Stadtplanung und Bauordnung

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2.7	Parkraumbewirtschaftungskonzept Vorlage: 11/SVV/0641 Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
2.8	Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Stra- ßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung) Vorlage: 11/SVV/0642 Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
2.9	Tierheimneubau Vorlage: 11/SVV/0617 Fraktion DIE LINKE
2.10	Tonnagebegrenzung Vorlage: 11/SVV/0634 Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten
2.11	Verwertung Bioabfälle Vorlage: 11/SVV/0635 Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen
2.12	Sitzungskalender 2012 Vorlage: 11/SVV/0571 Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
3	Mitteilungen der Verwaltung
3.1	Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz Vorlage: 11/SVV/0482 FB Grün- und Verkehrsflächen
3.2	Schafgraben Vorlage: 11/SVV/0599 Oberbürgermeister, FB Grün-und Verkehrsflächen
4	Berichte und Informationen
4.1	Information zur Katastrophenschutzplanung Forschungsreaktor BER II
4.2	Informationen zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung
4.3	Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz
5	Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 18.08.2011

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Heuer schlägt vor, die Mitteilungsvorlage 11/SVV/0482 "Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz" (TOP 3.1) bis zur nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses zu vertagen, da Vertreter der EWP und der Pro Potsdam anwesend sein sollten.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 4.3 "Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz" weist Herr Heuer darauf hin, dass es hier offensichtlich ein Informationsdefizit gab. Als Herr Dr. Gunold beantragt hat, dies im KOUL-Ausschuss zu thematisieren, war noch nicht bekannt, dass sich auch der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden mit diesem Thema befassen wird.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass sich der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden am 06.09.2011 mit der Eingabe befasst hat. Im Ergebnis wurde die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss bis zum 29.09.2011 Auskunft darüber zu erteilen, wie die zeitliche Einordnung der Umsetzung der aus den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Untersuchungen abzuleitenden Maßnahmen vorgesehen ist.

Da es zu diesem Tagesordnungspunkt einen Antrag auf Rederecht von Frau Donat als Anwohnerin gibt, schlägt Herr Heuer vor, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen und nach TOP 2.4 zu behandeln. Bezüglich des Verfahrens regt er an, Frau Donat die Möglichkeit einzuräumen, die Situation zu schildern und dann den Vorgang zurück an den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zu überweisen.

Des Weiteren informiert Herr Heuer, dass zu den Drucksachen 10/SVV/0630 "Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke" und 11/SVV/0534 "Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen" durch die Fraktion CDU/ANW Rederecht für Herr Mensch beantragt wurde.

Da es keine weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt, bittet Herr Heuer um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Frau Donat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Herrn Mensch.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 2.1 Linden in der Seepromenade erhalten Vorlage: 09/SVV/0843

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 2.1 bis 2.4 gemeinsam zu beraten und dann zu den einzelnen Drucksachen gesondert ein Votum abzugeben.

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Rudolph-Henning (FB Grün- und Verkehrsflächen) schildert anhand von Fotos die Situation vor Ort. Sie erörtert die Kompromissvariante für die Baumaßnahme in der Seepromenade, zu der sich die Verwaltung mit dem Ortsbeirat Groß Glienicke verständigt hat. Sie stellt das Ergebnis der Anhörung vor und macht dabei deutlich, dass sich ein großer Teil der Anlieger (68 %) gegen die Baumaßnahme ausgesprochen haben. Anschließend präsentiert Frau Rudolph-Henning die Ablehnungsgründe.

Sie verweist auf die geänderte Begründung zur DS 10/SVV/0600, die auch bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ausgereicht und beraten wurde.

Durch die Änderungen werden sich die finanziellen Auswirkungen verringern.

Frau Rudolph-Henning erklärt, dass zwischen Hechtsprung und Bergstraße beidseitig Gehwege in einer Breite von 1,5 m angelegt und mit Betonsteinpflaster befestigt werden. Eine Erneuerung der Straßenbeleuchtung erfolgt lediglich im Bereich zwischen Hechtsprung und Bergstraße im östlichen Gehwegbereich. Für die nunmehr geplante Baumaßnahme sind statt der ursprünglich vorgesehenen 49 Baumfällungen nur noch 25 Baumfällungen erforderlich. Dafür werden insgesamt 40 Ersatzpflanzungen vor Ort als Lückenschluss in der Baumreihe vorgenommen.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) teilt mit, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke das Thema sehr intensiv begleitet hat. Der Ortsbeirat spricht sich für den Ausbau der Seepromenade aus. Er weist darauf hin, dass die Regenentwässerung hier ein dringendes Problem ist.

Herr Menzel teilt nicht die Ansicht der Verwaltung. Er bittet die Verwaltung, sparsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen und nicht grundhaft auszubauen. Er befürchtet, dass alle vorhandenen Bäume Schaden nehmen und gefällt werden müssen, wenn man dem Vorschlag der Verwaltung folgt.

Herr Heuer erklärt namens der SPD-Fraktion, dass die DS 10/SVV/0630 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Herr Heinzel zieht den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW zurück. Er wird dem Votum des Ortsbeirates Groß Glienicke folgen.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Drucksache 09/SVV/0843.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, dafür Sorge zu tragen, auch im Falle des Ausbaus der Seepromenade in Groß Glienicke, die entlang der Straße stehenden Lindenbäume zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.2 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade Vorlage: 10/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- Wiedervorlage -

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Ausbau der Seepromenade im Teilabschnitt von der Richard-Wagner-Straße bis zur Bergstraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz und der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006 (Straßenausbaubeitragssatzung)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.3 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke

Vorlage: 10/SVV/0630

Fraktion SPD

mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

Herr Heuer erklärt namens der SPD-Fraktion, dass die DS 10/SVV/0630 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

zu 2.4 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen Vorlage: 11/SVV/0534

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die von Prof. Sieker vorgeschlagene alternative Straßenentwässerungslösung (s. Anlage) von unabhängiger Seite prüfen zu lassen. Dabei sind Machbarkeit und die Kosten mit dem Vorschlag der Verwaltung zu vergleichen. Vor weiteren Schritten des von der Verwaltung beförderten grundhaften Ausbaus ist bis zum Vorliegen des Prüfergebnisses abzusehen. Dezentrale Straßenentwässerungsanlagen sind in der Seepromenade als Pilotanlage und zukünftig an anderen Straßen stadtweit zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3 Ablehnung: 6 Stimmenthaltung: 0

Somit ist die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.5 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am Böttcherberg"

Vorlage: 11/SVV/0558

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Heuer informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen die vorliegende Drucksache abgelehnt hat. Er bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Neubau der Straßenbeleuchtung in Potsdam- Klein Glienicke "Am Böttcherberg" (Wannseestraße bis Tannenweg) als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0 Ablehnung: 5 Stimmenthaltung: 4

Somit ist die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.6 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung Vorlage: 11/SVV/0604

FB Stadtplanung und Bauordnung

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Holtkamp (FB Stadtplanung und Bauordnung) bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass es eine enge Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat Groß Glienicke gegeben hat und dieser bereits seine Zustimmung erteilt hat.

Herr Menzel bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein

und begründet diesen. Er bittet die Ausschussmitglieder, ihre Verantwortung für die gesamte Stadt wahrzunehmen und warnt vor dem Beschluss der Verwaltungsvorlage.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) macht deutlich, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke mit einer Ausnahme das Vorhaben der Verwaltung befürwortet. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde durch den Ortsbeirat abgelehnt.

Frau Holtkamp erklärt, dass sich der Ortsbeirat Groß Glienicke auch mit möglichen Negativauswirkungen für das Seecenter befasst hat. Es gab auch eine Beteiligung von Nachbargemeinden, die sich ausschließlich positiv geäußert haben.

Herr Schütt fragt nach den Aussagen der Träger öffentlicher Belange, die nicht mit der vorliegenden Drucksache ausgereicht wurden.

Frau Holtkamp erklärt, dass diese dann mit der Beschlussvorlage zum Satzungsbeschluss vorgelegt werden.

Herr Brödno fragt, wer der Investor ist und in welchem Umfang investiert werden soll.

Frau Holtkamp kann diese Information aus Datenschutzgründen nicht geben. Externe Kosten sind der Verwaltung nicht bekannt.

Herr Menzel macht deutlich, dass das Vorhaben seiner Meinung nach im Widerspruch zum Einzelhandelskonzept steht.

Herr Teuteberg regt an, keine voreilige Entscheidung zu treffen und die Stellungnahmen vor der Abgabe eines Votums auszureichen.

Er stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Vertagung der DS 11/SVV/0604 sowie Ausreichung der kompletten Zusammenstellung aller Stellungnahmen bis zur nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Somit ist die Drucksache vertagt.

zu 2.7 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen 11/SVV/0641 "Parkraumbewirtschaftungskonzept" und 11/SVV/0642 "Parkgebührenordnung" wegen ihres inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam zu beraten und dann zu den Drucksachen gesondert ein Votum abzugeben.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation das Parkraumbewirtschaftungskonzept. Dabei stellt er den Geltungsbereich vor und geht auf die Erhebung der Parkraumnachfrage ein. Anschließend erörtert er folgende Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation ergriffen werden sollen:

- 1. Anpassung der Parkraumbewirtschaftungskosten
- 2. Neuordnung der Bewohnerparkzonen
- 3. Sonntagsbewirtschaftung im Innenstadtbereich
- 4. Erhöhung der Parkgebühren.

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Parkgebühren macht Herr Becker deutlich, dass die Parkhäuser in der Innenstadt lediglich zu 50 % bis 60 % ausgelastet werden. Dem soll damit entgegengewirkt werden.

Herr Teuteberg gibt zu bedenken, dass durch die Erhöhung der Parkgebühren die Kaufkraft gemindert werden könnte.

Er bringt die beiden Änderungsanträge der FDP-Fraktion ein und begründet diese.

Herr Jäkel unterstützt die Erweiterung der Parkmöglichkeiten für Bewohner. Er bringt einen Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Herr Schütt weist darauf hin, dass die Parkhäuser privat gebaut und betrieben werden.

Er spricht sich für den Änderungsantrag von Herrn Jäkel aus.

Frau Lentz macht darauf aufmerksam, dass sich dieser Ausschuss mit Klima und Umwelt befassen sollte, nicht mit der Wirtschaftsförderung. Sie macht deutlich, dass für einen Stadtbummel nicht die Kurzzeitparkplätze entscheidend sind.

Herr Schwarze spricht sich dafür aus, nicht die Preise zu erhöhen, sondern intelligente Lösungen zu finden, auch für Kurzzeitparken.

Herr Menzel spricht sich für die Erhöhung der Parkgebühren aus, um die Autos von der Stadt fernzuhalten.

Herr Dr. Gunold macht deutlich, dass eine attraktive Innenstadt für ihn nicht bedeutet, dass jeder bis vor jede Tür fahren kann. Er kann keinem der Änderungsanträge zustimmen.

Aus seiner Sicht sollen Möglichkeiten geschaffen werden, um den Individualverkehr aus der Innenstadt fernzuhalten.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass teurere Parkplätze nicht dafür sorgen, dass die Innenstadt entvölkert wird. Sie weist auch darauf hin, dass die Stadtverordneten sich dafür ausgesprochen haben, dass Potsdam eine fahrradfreundliche Stadt sein soll. Der zufließende Verkehr soll möglichst vor der Stadt bleiben, auch im Sinne des Klimaschutzes.

Herr Brödno spricht sich gegen die Erhöhung der Parkgebühren aus.

Herr Teuteberg zieht den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion "Parkraumbewirtschaftung – Zentralität" zurück.

Herr Heuer macht deutlich, dass der derzeitige Zustand in der Innenstadt sehr unbefriedigend für die Bewohner ist. Die tatsächlichen Probleme bestehen darin, dass Parkplätze durch Gäste von außerhalb den ganzen Tag belegt werden. Mit dem Antrag der FDP-Fraktion soll nicht vorhandener Parkplatz lediglich auf eine größere Fläche verteilt werden soll.

Er spricht sich für die Vorschläge der Verwaltung aus.

Herr Heinzel betont, dass im vorliegenden Konzept das Thema P+R-Parkplätze völlig vernachlässigt wurde. Aus seiner Sicht gehört zu einem Konzept mehr.

Herr Becker erklärt, dass das P+R-Konzept gesondert erstellt wird. Hier sollen kostenlose Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Deshalb gehört dies nicht in das Parkraumbewirtschaftungskonzept.

Herr Heinzel weist auf die Vorteile des Handyparkens hin, die hier nicht erwähnt wurden.

Herr Teuteberg regt an, das Thema Handyparken in einer anderen Sitzung des KOUL-Ausschusses zu beraten.

Er nimmt Bezug auf die Auslastung der Parkhäuser und fragt, wie beeinflusst werden soll, dass diese ihre Gebühren nicht auch erhöhen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Lärmaktionsplan, den Luftreinhalteplan sowie das Klimaschutzkonzept und betont, dass hier das Ziel sein müsste, den Verkehr aus der Stadt herauszuhalten.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion FDP Parkraumbewirtschaftungskonzept – Mischparken:

Ergänzungsantrag:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept wird wie folgt ergänzt:

"Die Umsetzung des Punktes 5. Erhöhung der Parkgebühren unter denen im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen und Zielen erfolgt unter der Bedingung, dass Potsdam eine Zentralität von 100 erreicht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3 Ablehnung: 5 Stimmenthaltung: 1

Somit ist der Ergänzungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer Bittet um Abstimmung über die vorliegende Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam als Grundlage zur Änderung der Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.8 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)

Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Jäkel.

Änderungsantrag:

Der Absatz 3 Parkgebühren ist im Punkt 3.1 Parkzone 1 wie folgt zu ändern: "Die Parkgebühren betragen für das Parken je Zeiteinheit in den Grenzen der Parkzone 1:

Je halbe Stunde 0,50 € für Parkzeiten bis einschließlich 3 Stunden.

Die Parkgebühren betragen

Je halbe Stunde 1,00 € für Parkzeiten größer al 3 Stunden."

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 0

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4 Ablehnung: 5 Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.9 Tierheimneubau

Vorlage: 11/SVV/0617
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Gunold bringt den Antrag ein und macht dabei deutlich, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus seiner Sicht kein Änderungsantrag sondern eine eigener Antrag ist.

Herr Menzel bringt folgenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet diesen.

"Die Beschlüsse zum Tierheimneubau 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008 sind aufzuheben. Die momentane Ausschreibung zum Neubau und Betrieb eines Tierheimes mit angekoppeltem Sozialprojekt ist zu stoppen.

Des weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Stadt Brandenburg a. d. H. Gespräche mit dem Ziel zu führen, ein gemeinsames Tierheim zu bauen, welches auch außerhalb Potsdams liegen kann. Dabei sind für einen potenziellen Tierheimneubau nachstehende Kriterien zu berücksichtigen.

- 1. Dem Natur- und Tierschutzgedanke einen hohen Stellenwert bei der Entscheidungsfindung einzuräumen.
- 2. Die zahlreichen ehrenamtlichen TierschützerInnen bei ihrer Arbeit zu un-

terstützen.

- 3. Alle potentiellen Standorte sollten mit Standortkriterien und potentiellen oder tatsächlichen Problemfaktoren vor Ort in die Entscheidungsmatrix den Stadtverordneten vorgelegt werden, damit ein breiter Konsens für eine Standortentscheidung zu Stande kommt.
- 4. Die Entscheidung darüber in welcher Form, dass Tierheim realisiert und inwiefern künftig mit dem Tierschutzverein Potsdam zusammengearbeitet wird, haben die Stadtverordneten auf Basis der oben benannten Voraussetzungen zu treffen."

Herr Heinzel weist darauf hin, dass dem Tierschutzverein genügend mögliche Grundstücke aufgezeigt wurden. Es muss aber einem Tierheimbau ein tragfähiges Konzept vorangestellt werden.

Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass man sich nicht ausschließlich an den Tierschutzverein bezüglich des Baus eines neuen Tierheimes wenden kann. Damit besäße der TSV eindeutig einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Interessenten. Man sollte dies auch nicht an einem konkreten Grundstück auf dem Gebiet der LHP festmachen.

Herr Dr. Gunold weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE enger gefasst und auch schneller umzusetzen ist.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass sich der Tierschutzverein um das in Rede stehende Grundstück bemühen kann. Dem TSV kann nicht ohne Ausschreibung durch die LHP ein Grundstück zur Verfügung gestellt werden.

Herr Jäkel beantragt folgende Änderung zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und begründet dies.

Der erste Satz ist wie folgt zu ändern:

"Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark Gespräche zu führen, ein gemeinsames Tierheim zu bauen, welches auch außerhalb Potsdams liegen kann, jedoch im Nahbereich von Potsdam und verkehrsgünstig erreichbar."

Des Weiteren stellt er folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

Zurückstellung der Drucksache, um die Gespräche des TSV in den Fraktionen abzuwarten.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Somit wird die Drucksache vertagt.

zu 2.10 Tonnagebegrenzung Vorlage: 11/SVV/0634

Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass eine Tonnagebegrenzung nur angeordnet werden kann, wenn eine konkrete Gefahr

besteht. Die Anordnung einer präventiven Tonnagebegrenzung ist rechtlich nicht möglich.

Herr Dr. Gunold fragt, ob zu den Gefahren auch Lärm gehört.

Herr Becker verneint dies, und erklärt, dass sich dies auf Straßenschäden bezieht.

Herr Jäkel spricht sich für den Beschluss des Antrages aus.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welchen Straßen im Innenstadtbereich von Potsdam eine Tonnagebegrenzung auf 7,5 Tonnen eingerichtet werden kann.

Eine Berichterstattung soll in der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 2.11 Verwertung Bioabfälle Vorlage: 11/SVV/0635

Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen

Herr Heuer bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) erklärt, dass derzeit das Abfallwirtschaftskonzept (AWK) unter Berücksichtigung der zu erwartenden gesetzlichen Änderungen fortgeschrieben wird. Im Hinblick auf die gesetzlichen Änderungen wurde bereits die Restabfallbehandlung nur für einen relativ kurzen Ausschreibungszeitraum bis zum 31.05.2015 europaweit ausgeschrieben. Hinsichtlich der kurz- und mittelfristig geplanten Maßnahmen im AWK bilden die Möglichkeiten zur Getrenntsammlung von Bioabfällen einen Schwerpunkt. Aussagen zum aktuellen Abschöpfungspotenzial von Bioabfällen soll eine nochmalige, über vier Sortierkampagnen geplante Resthausmüllanalyse liefern, die im Herbst 2011 begonnen werden soll.

Herr Jäkel regt an zu prüfen, ob spezifische Lösungen möglich sind. Dies sollte wohnartspezifisch erfasst werden.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verwertung von Bioabfällen in Potsdam zu prüfen und dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und Ländliche Entwicklung im 1. Quartal 2012 darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2.12 Sitzungskalender 2012

Vorlage: 11/SVV/0571

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Sitzungstermine KOUL-Ausschuss 2012:

Donnerstag, 12. Januar 2012 Donnerstag, 16. Februar 2012 Donnerstag, 22. März 2012 Donnerstag, 19. April 2012 Donnerstag, 24. Mai 2012 Dienstag, 19. Juni 2012

Juli - Sommerpause

Donnerstag, 09. August 2012 Donnerstag, 13. September 2012 Donnerstag, 18. Oktober 2012 Donnerstag, 22. November 2012 Donnerstag, 20. Dezember 2012

Da zum Sitzungskalender 2012 für den KOUL-Ausschuss keine Änderungsvorschläge vorgebracht werden, bittet Herr Heuer um Abstimmung über die Sitzungstermine für den Ausschuss.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2012 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Dem Sitzungskalender 2012 für den KOUL-Ausschuss wird somit zugestimmt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz

Vorlage: 11/SVV/0482 FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Drucksache wird vertagt.

zu 3.2 Schafgraben

Vorlage: 11/SVV/0599

Oberbürgermeister, FB Grün-und Verkehrsflächen

Frau Rudolph-Henning (FB Grün- und Verkehrsflächen) weist darauf hin, dass finanzielle Mittel für Reparaturen nicht vorhanden sind.

Herr Jäkel spricht sich dafür aus, das Gelände am Schafgraben behutsam zu reparieren. Hier soll keine große Investitionsmaßnahme erfolgen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Berichte und Informationen

zu 4.1 Information zur Katastrophenschutzplanung Forschungsreaktor BER II

Herr Hülsebeck (FB Feuerwehr) macht deutlich, dass es keine veränderte Situation zur Sicherheit des Forschungsreaktors gibt.

Es besteht auch Einigkeit darüber, dass im Katastrophenfall an alle unter 45jährige im Umkreis von 4 km so schnell wie möglich Jodtabletten verteilt werden müssen. Dazu gibt es sehr konstruktive Gespräche. In der nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses können möglicherweise schon detaillierte Informationen gegeben werden.

zu 4.2 Informationen zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung

Frau Hönes (FB Ordnung und Sicherheit) teilt mit, dass beide Satzungen in der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2011 eingebracht werden sollen. Die entsprechenden Unterlagen wurden heute ausgereicht. Es gab eine frühzeitige Beteiligung der Ortsbeiräte.

Frau Müller-Preinesberger weist auf die noch offenen Fragen von Herrn Rietz hin. Diese werden durch Frau Spyra per e-Mail an Herrn Rietz geschickt und als Anlage an das Protokoll ausgereicht.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass Frau Spyra Genesungswünsche des Ausschusses an Herrn Rietz übermittelt.

zu 4.3 Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz

Frau Donat (Anwohnerin) bedankt sich, dass das Thema in die Tagesordnung des Ausschusses aufgenommen wurde. Sie schildert die Situation vor Ort und weist darauf hin, dass der Verkehr und die damit im Zusammenhang stehende Lärmbelastung zugenommen hat, insbesondere durch LKW-Verkehr.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass es eine Stellungnahme der Verwaltung gibt, die auch im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden behandelt wurde. Im Ergebnis wurde die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss bis zum 29.09.2011 Auskunft darüber zu erteilen, wie die zeitliche Einordnung der Umsetzung der aus den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Untersuchungen abzuleitenden Maßnahmen vorgesehen ist.

Dies wird dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zugearbeitet.

Herr Heuer schlägt vor, dass Frau Donat Antwort des Ausschuss für Eingaben und Beschwerden abwartet. Sollte es danach weiteren Klärungsbedarf besteht, müsse dies durch Frau Donat signalisiert werden.

Frau Müller-Preinesberger empfiehlt Frau Donat, direkt Kontakt zur Verwaltung aufzunehmen.

zu 5 Sonstiges

Nächster Ausschuss für KOUL - 20. Oktober 2011, 18:00 Uhr

Pete Heuer Ausschussvorsitzender Martina Spyra Schriftführerin



Vorsitzende/r

Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

und nachrichtlich an v an der Sitzung der St des Ausschusses Sehr geehrte Damen	weitere Teilneh tadtverordneter	
an der Sitzung der St des Ausschusses Sehr geehrte Damen	n und Herren,	
-		
-		
zu der unten näher be	ezeichneten Si	
	,0_0,0,1,10,0,1,10,1	itzung lade ich freundlichst ein.
	chtöffentliche	e Sitzung des Ausschusses für Klima, ändliche Entwicklung
Datum U	 Jhrzeit	Sitzungsort
15.09.2011	18:00 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81
Mit freundlichen Grüß	ßen	



Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

09/SVV/0843

Betreff: Linden in der	Seepromenade	erhalten				öffentlich				
Einreicher: F	Fraktionen Bünd	Inis 90/Die	Grüner	า	Erstellungsdatum Eingang 902:		ım	15.09.2009		
Beratungsfolge							Empfe	hluna	Entscheidung	
Datum der Sitzung		Gremium					Lilipio	illulig	Littocheldung	
07.10.2009 15.10.2009				deshauptstadt Potso schutz und ländliche		icklung				
Der Stadtverd	sbaus der Seep	ımlung ford	dert den	Oberbürgermeis Glienicke, die e		g der Straße st	ehend	en e der \	/orberatungen	
								auf	der Rückseite	
Entscheidung	gsergebnis									
Gremium:					S	Sitzung am:				
□ einstimmig □ erledigt	mit Stimmen- mehrheit	Ja abgel	Nein	Enthaltung	ĺ	überwiesen in den A	usschus	S:		
L enedigi		ப abgei	CIIIIL		١	Wiedervorlage:				
☐ zurückgeste	llt	☐ zurüc	kgezogen							

Demografische Auswirkungen:					
Klimatische Auswirkungen:					
Finanzielle Auswirkungen?		l Ja		Nein	
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Ausr Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förd	wirkungen, wie z. B. (lerung, Folgekosten, '	Gesamtkosten, Veranschlagung	Eigenanteil, Leistur g usw.)	ngen Dritter (ohne	e öffentl.
				ggf. Folgeb	lätter beifügen

Begründung:

Bäume im Straßenbild tragen wesentlich zu Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des regionalen Mikroklimas bei. Neben der Funktion als Schattenspender erfüllen sie auch eine wichtige Funktion der Kühlung der urbanen Flächen durch Verdunstung.

Bewohnerinnen und Bewohner der Seepromenade legen großen Wert darauf, dass die Linden in dieser Straße auch nach den Baumaßnahmen erhalten bleiben.

Landeshauptstadt Potsdam

abweichender Beschluss DS Nr.:

zurückgestellt

zurückgezogen

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

		Der Oberbürge	ermeister				10/SVV/0600				
Bet	treff:						öffentlich				
Gro	oß Glienic	ke - Busring 4.	und 5. Ba	nuabschni	itt: Seeprom	enade					
Ein	reicher: FB	Grün- und Verl	kehrsfläch	en		E	Erstellungsdatu	ım	12.0	8.2010	
	Eingang 902:					12.0	8.2010				
						4	./47/474				
-	ratungsfolg							Empfe	ehlung	Entscheidung	
	um der Sitzun			Gremium		.1					
01.0	09.2010	Stadtverordneten	iversammlun	g der Lande:	shauptstadt Pots	sdam					
Be	schlussv	orschlag:									
Die	e Stadtverd	ordnetenversam	ımlung mö	ge beschli	eßen:						
bei Erh Gru	Ausbau der Seepromenade im Teilabschnitt von der Richard-Wagner-Straße bis zur Bergstraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz und der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006 (Straßenausbaubeitragssatzung)										
							E	rgebnis		/orberatungen der Rückseite	
Ent	tscheidun	gsergebnis									
Gre	emium:					Sitz	zung am:				
	einstimmig	mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	übe	erwiesen in den A	usschus	ss:		
	Lt. Beschlus	ssvorschlag	Bescl	 hluss abgelehi	<u>l</u> nt	-					

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:		
Klimatische Auswirkungen:		
Finanzielle Auswirkungen?	□ Ja □	Nein
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkunge beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, \	n, wie z.B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistun /eranschlagung usw.)	gen Dritter (ohne öffentl. Förderung),
Die Ausbaukosten (inkl. Planung) Entwurfsplanung ca.1.330 T€.	betragen nach der Kostenbe	erechnung im Zuge der
Die Finanzierung erfolgt über das Prod Haushaltsrest und den in den Haus vorbehaltlich des Beschlusses und der G	shaltsjahren 2011 und 2012 vo	orgesehenen Planansätzen
Die KAG-Beiträge werden auf der Gru Beiträge soll nach Fertigstellung der Ma		ermittelt. Die Erhebung der
		ggf. Folgeblätter beifügen
Oberbürgermeister	Geschäftsbereich 1	Geschäftsbereich 2
	Geschäftsbereich 3	Geschäftsbereich 4

Begründung:

Der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen plant den grundhaften Ausbau der Seepromenade in Potsdam, Ortsteil Groß Glienicke.

Der Ausbau ist seitens des Straßenbaulastträgers, der für die Unterhaltung und Verkehrssicherheit der Verkehrsanlagen zuständig ist, unabdingbar und wird durch das Brandenburgische Straßengesetz (BbgStrG) begründet.

Entsprechend BbgStrG Abs. 1, § 10, trägt die Straßenbaubehörde als Sonderordnungsbehörde die Verantwortung, dass die Herstellung und die Unterhaltung der Straßen den Erfordernissen der Sicherheit und Ordnung genügen. Dabei sind die technischen Baubestimmungen und die anerkannten Regeln der Baukunst und der Technik zu beachten.

Auf Grund der Tatsache, dass die Havelbusverkehrsgesellschaft mbH als Betreiber der auf der Seepromenade verkehrenden Buslinie dem bis zur Eingemeindung zuständigen Amt Fahrland die Einstellung des Busverkehrs ankündigte, wurde auf der damals maroden Fahrbahndecke der Seepromenade im Jahr 2002 eine dünne Deckschicht aufgebracht. Ausschlag gebend dafür waren die vielen Schadstellen in der Fahrbahn der Seepromenade, die zu Schäden an den Frontscheiben der Busse führten.

Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel für die Verbesserung der Fahrbahn wurden aus dem Haushalt der Gemeinde Groß Glienicke durch das damals zuständige Amt Fahrland bereitgestellt.

In den Jahren 2003 und 2004 wurde in der Seepromenade eine Trinkwasserleitung gebaut, die durch den Betreiber dieser Anlagen, die damals zuständige OWA GmbH, finanziert wurde. Im Zuge dieser Baumaßnahme wurde im Bereich des Leitungsgrabens aus finanziellen Gründen wiederum nur ein provisorischer Deckenaufbau realisiert.

Der Fahrbahnoberbau ist bedingt durch die aufgetragene Dünnschicht und die in den vergangenen Jahren durchgeführten Leitungsbauarbeiten inhomogen und entspricht nicht den Anforderungen der auf der Seepromenade verkehrenden Verkehrsmenge. Der Baugrund im Bereich der Tragschicht ist gestört, so dass die Standsicherheit bzw. Dauerhaftigkeit des Fahrbahnaufbaus nicht gewährleistet ist und dieser dringend einer Erneuerung über die gesamte Fahrbahnbreite bedarf.

Entlang der Seepromenade sind derzeit unbefestigte Gehwege vorhanden. Aufgrund des Baumbestandes (Linden) und des damit verbundenen Wurzelbestandes sind die Gehwege in weiten Teilen durch mobilitätseingeschränkte Personen nicht nutzbar. Diese Situation verschärft sich in den Wintermonaten, in denen kein den Erfordernissen gerecht werdender Winterdienst durchgeführt werden kann.

Hinzu kommt, dass die Bedeutung eines östlichen Gehweges durch die Diskussionen um den Uferweg entlang des Groß Glienicker Sees enorm gestiegen ist.

Auf der östlichen Seite (Wasserseite) der Seepromenade ist ein mit Betonsteinpflaster befestigter Gehweg geplant. In diesem Zusammenhang soll eine neue Beleuchtungsanlage errichtet werden.

Für die Anlage des Gehweges, regelgerechter Grundstückszufahrten sowie der Beleuchtungsanlage werden Baumfällungen erforderlich, die im Zuge der Baumaßnahme als Einzelfallentscheidungen getroffen werden.

Ein weiterer ausschlaggebender vordringlicher Ausbaugrund für die Seepromenade ist die derzeit unzureichende Ableitung des oberflächlich anfallenden Niederschlagswassers. Dies führt immer wieder zu teilweise massiven Beeinträchtigungen von privaten Grundstücken, die aufgrund fehlender Regenwasserabläufe einschließlich Vorflut überspült werden. Speziell im Bereich der Badwiese kommt es bei Starkregenereignissen zu immensen Ab-/Ausspülungen. Die ständige immer wiederkehrende Schadensbeseitigung kann aus dem vorhandenen Budget des laufenden Aufwands des Fachbereichs Grün- und Verkehrsflächen nicht dauerhaft abgesichert werden. Zudem ist der durch die Erosionen bedingte Eintrag von Sanden und schadstoffbelastetem Oberflächenwasser in den Groß Glienicker See aus naturschutz- und wasserrechtlichen Belangen zu unterbinden.

Es sind Varianten zur Oberflächenentwässerung, wie Versickerung über Mulden bzw. Mulden-Rigolen-Systeme geprüft und untersucht worden. Auf Grund des nicht versickerungsfähigen Baugrundes, des Baum- und Wurzelbestandes sowie vorhandener Leitungen ist es jedoch nicht

möglich, derartige Systeme mit ausreichendem Versickerungs- und Stauvolumen anzuordnen. Diese Varianten konnten nicht weiter verfolgt werden.

Die Entwässerung kann nur über eine geschlossene Ableitung des Regenwassers mittels eines Kanals unter Berücksichtigung des vorhandenen Leitungsbestands mittig der Fahrbahn erfolgen. Im direkten Zusammenhang mit den Arbeiten für den Regenwasserkanal sowie der Anschlussleitungen der Straßenabläufe ergeben sich zu dem bereits inhomogenen Fahrbahnoberbau weitere Störungen des Fahrbahnaufbaus, so dass sich für den Straßenbaulastträger nach Verlegung der Entwässerungseinrichtungen ein grundhafter Ausbau der Fahrbahn wirtschaftlich, dauerhaft, zukunftsorientiert und unabwendbar darstellt.

Im Zuge der Planungen wurden die Anlieger in vier Informationsveranstaltungen über die geplanten Maßnahmen informiert. Die gegebenen Hinweise und Anregungen wurden, soweit technisch und wirtschaftlich vertretbar, in die Planungen eingearbeitet.

Zudem wurde im vergangenen Jahr eine Planerwerkstatt mit Vertretern des Ortsbeirates, der Anlieger sowie des Fachbereiches Grün- und Verkehrsflächen durchgeführt, um eine hohe Akzeptanz der geplanten Maßnahmen unter den Anliegern zu erreichen.

In diesem Gremium wurde eine Vorzugsvariante herausgearbeitet, deren Kostenermittlung die Grundlage für die Ermittlung der Straßenausbaubeiträge entsprechend der gültigen "Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006" war.

Für den Abschnitt zwischen Richard-Wagner-Straße und Bergstraße wurden mit Schreiben vom 23.03.2010 insgesamt 53 Anlieger (Grundstückseigentümer) über die geplante straßenbauliche Maßnahme informiert und gebeten sich innerhalb eines Monats nach Erhalt des Schreibens gegen oder für die geplante Baumaßnahme schriftlich auszusprechen. Es wurde darauf verwiesen, dass eine Nichtäußerung als Zustimmung gewertet wird.

Nach Fristablauf ergibt sich folgendes Votum:

- 44 Flurstückseigentümer sprachen sich gegen die Baumaßnahme aus
- 2 Flurstückseigentümer (beide städtische Grundstücke) sprachen sich für den Bau der Straße aus
- 5 Flurstückseigentümer äußerten sich nicht zu der Baumaßnahme = positives Votum
- (2 Flurstückseigentümer konnten wegen offener Eigentumsfragen nicht gewertet werden)

Es ergibt sich daraus folgendes Votum: 44 Ablehnungen

2+5+(2)=9 keine Ablehnung

Somit spricht sich die *Mehrheit* der Grundstückseigentümer **gegen** die Baumaßnahmen in der Seepromenade aus.

Die Verwaltung hält nach Abwägung und pflichtgemäßen Ermessen an der Notwendigkeit der Erneuerung der Verkehrsanlage fest.

Sollte die Maßnahme aus den verschiedensten Gründen nicht zur Ausführung gelangen, so kann die Stadt Potsdam ihrer Verkehrssicherungspflicht gegenüber allen Verkehrsteilnehmern nicht mehr nachkommen. Weiterhin wäre die Ableitung des auf der Fahrbahn anfallenden Niederschlagswasser nicht gelöst, da der Umstand des in den Groß Glienicker See eingeleiteten ungereinigten Regenwassers nicht behoben wird.

Durch die Anlage des östlichen Gehweges können auch die angestrebten Ziele der Barrierefreiheit gerade in Hinsicht auf die knappen Mittel im gesamtstädtischen Haushalt im Zusammenhang mit dieser Maßnahme kurzfristig umgesetzt werden.

Anlage:

Tabelle Demografieprüfung



zurückgestellt

zurückgezogen

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

10/SVV/0630

, r otodam			
Detreff	öffentlich		
Betreff: Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke			
Einreicher: Fraktion SPD	um <u>16.0</u>	16.08.2010	
	Eingang 902:		
Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung Gremium			
01.09.2010 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptst	adt Potsdam		
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu in Groß Glienicke zwischen dem Bau des Gehweges un sorgsam abgewogen wird. Es soll die Variante gewählt vtrotzdem die Sicherheit für die nicht motorisierten Verkel Entwässerung soll nicht grundsätzlich in Frage gestellt von Unterschrift	nd den an der Straße stehei werden, möglichst viele Bäi hrsteilnehmer zu gewährlei werden.	nden Linde ume zu erh	nbäumen alten und usbau mit
Unterscrimt		_	der Rückseite
Entscheidungsergebnis			
Gremium:	Sitzung am:		
einstimmig mit Stimmen- Ja Nein Enthaltumehrheit	überwiesen in den A	usschuss:	
☐ Lt. Beschlussvorschlag ☐ Beschluss abgelehnt			
abweichender Beschluss DS Nr.:	Wiedervorlage:		

Demografische Auswirkungen:			
Klimatische Auswirkungen:			
Finanzielle Auswirkungen?	Ja	Nein	
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Ausr Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förd		ngen Dritter (c	hne öffentl.
		ggf. Folg	eblätter beifügen

Begründung:

Nach mehr als drei Jahren Planung ist die geplante Sanierung der Straße Seepromenade (der Teil des Busringes) weit gediehen. Die Situation ist seit Jahren höchst gefährlich: Es sind keine Gehwege vorhanden und ein sicherer Überweg zur Badewiese fehlt. Einer der großen Probleme ist zudem die Einleitung des Regenwassers von der Seepromenade in den See in direkter Nähe zur Badestelle. Nicht nur, dass bei Starkregen immer wieder große Teile des Badestrandes davongeschwemmt werden, auch das ungereinigte Straßenwasser ist für den See seit vielen Jahren eine Belastung. Die Straße wurde im Jahr 2001 nur notdürftig mit einer Dünnschichtdecke versehen, die Straße sieht augenscheinlich gut aus, sie ist jedoch hoch belastet und wird in absehbarer Zeit wieder Schlaglöcher aufweisen.

Das große Problem für den Ausbau: Auf der Höhe Hechtsprung bis zum Ende der Seepromenade sind links und rechts etwa 50 Jahre alte Linden, die der Straße den Alleecharakter geben. Sie müssen zum Teil weichen, wenn ein Gehweg gebaut wird. Zudem haben sich die Anwohner in großer Zahl gegen den Ausbau der Straße entschieden.



zurückgestellt

zurückgezogen

Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0534

	öffentlich								
Betreff: Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen									
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW Erstellungsdat								7.2011	
					Eingang 902:				
Beratungsfolge:						Empfe	hlung	Entscheidung	
Datum der Sitzung	Gremium								
31.08.2011 Stadtveror	dnetenversammlun	g der Lande:	shauptstadt Pots	dam				x	
Beschlussvorschlag:									
Die Stadtverordnetenvo	ersammlung mö	ae heschli	eßen:						
	•								
Der Oberbürgermeister Straßenentwässerungs							ei sin	d	
Machbarkeit und die Ko	osten mit dem V	orschlag d	ler Verwaltung	g zu v	ergleichen. Vo	r weite	ren S	Schritten	
des von der Verwaltung abzusehen. Dezentrale									
zukünftig an anderen S	straßen stadtwei	t zu prüfer	1.						
gez. Saskia Hüneke Fraktionsvorsitzende		. Michael S ktionsvorsi							
B 90/Die Grünen		CDU/AN							
Unterschrift					E	rgebniss	e der \	/orberatungen	
							auf	der Rückseite	
Entscheidungsergebnis									
] ,	Sitzuna om:				
Gremium:			1) ; 1	Sitzung am:				
□ einstimmig □ mit Stin mehrhe		Nein	Enthaltung		überwiesen in den A	usschus	s:		
☐ erledigt	abge	 ehnt							
		-			Wiedervorlage:				

Demografische Auswirkungen:					
Klimatische Auswirkungen:					
Finanzielle Auswirkungen?		l Ja		Nein	
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Ausr Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förd	wirkungen, wie z. B. (lerung, Folgekosten, '	Gesamtkosten, Veranschlagung	Eigenanteil, Leistur g usw.)	ngen Dritter (ohne	e öffentl.
				ggf. Folgeb	lätter beifügen

Begründung:

Die Verwaltung bemüht sich gegen den Willen der Anlieger um einen grundhaften Ausbau der Seepromenade. Der Straßenbelag ist in einem gut nutzbaren Zustand. Anzeichen für ein zeitnahes oder mittelfristiges Versagen sind vor Ort nicht erkennbar.

Die Verwaltung geht davon aus, dass eine Entwässerungsleitung in die Seepromenade verlegt werden muss. Dies wird von Professoren der UNI Hannover nachvollziehbar in Zweifel gezogen. Eine erfolgte Machbarkeitsstudie wurde auf der Basis von falschen Annahmen, deutlich zu großer Sickerschächte, getroffen.

Anlage: Stellungnahme zum Variantenvergleich hinsichtlich der Regenwasserbewirtschaftung in der Straße Seepromenade von Prof. Dr. Sieker (im RIS als pdf-Datei hinterlegt).

Potsdam Der Oberbürgermeister

11/SVV/0558

Beschlussvorlage Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk) Landeshauptstadt

Betreff:		öffentlich								
Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-KleinGlienicke "Am Böttcherberg"										
Einreicher: FB Grün- und Verkehrsflächen						Erstellungsdat	um 13.07.2011 13.07.2011			
						4/475				
Beratungsfolge	:						Empfehlung	Entscheidung		
Datum der Sitzung		G	Fremium							
31.08.2011	Stadtverordneter	versammlun	g der Land	eshauptstadt Pots	sdam					
D l- l							·	l		
Beschlussvo	rscniag:									
Die Stadtvero	rdnetenversam	mlung mö	ge besch	ließen:						
Neubau der S	traßenbeleuch	tung in Pot	tsdam- K	lein Glienicke,	,Am B	öttcherberg"				
(Wannseestra	nße bis Tannen	weg)								
als beitragspfl	lichtige Bauma	ßnahme na	ach dem	Kommunalabg	jaben	gesetz.				
						1	Ergebnisse der \ auf	Vorberatungen der Rückseite		
Entscheidung	gsergebnis				7					
Gremium:] ;	Sitzung am:				
□ einstimmig	mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung		überwiesen in den A	Ausschuss:			
☐ erledigt		☐ abgel	ehnt	,])A6: 1				
					-	Wiedervorlage:				
☐ zurückgestel	lt	□ zurüc	kgezogen							

Demografische Auswirkungen:								
Klimatische Auswirkungen:								
Finanzielle Auswirkungen?		Ja		Nein				
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkur beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekoste	ngen, wie z.B. Ge n, Veranschlagun	esamtkosten, Eige g usw.)	nanteil, Leistunç	gen Dritter (ohne	e öffentl. Förderung),			
Finanzielle Auswirkungen:								
Die Ausbaukosten (inkl. Planung) bet Gemäß Straßenbaubeitragssatzung v Es sind Einnahmen in Höhe von ca. 3	verden 75 %	der Kosten a			gt.			
Die Finanzierung ist wie folgt vorgese	ehen:							
Ersatzinvestition Straßenbeleuchtung Unterprodukt: 5410004, Konto: 09614 Investitionsnummer: 0747000140003	100,							
Die Umlage erfolgt nach Abschluss der Gesamtbaumaßnahme im IV. Quartal 2011.								
				ggf. Folo	geblätter beifügen			
	_							
Oberbürgermeister	L -	Geschäftsbe	ereich 1		schäftsbereich 2			
		Geschäftsbe	ereich 3	Ge	schäftsbereich 4			

Begründung:

Die vorhandene Altanlage "Am Böttcherberg" entspricht nicht der DIN EN 13201 (Straßenbeleuchtung).

Im Zuge der Verkehrssicherungspflicht und der Gefahrenabwehr ist der Bau einer Straßenbeleuchtungsanlage unabwendbar.

Bei der Straße "Am Böttcherberg" handelt es sich um eine Anliegerstraße.

Das Ergebnis der Anliegerbeteiligung sah kein Einvernehmen mit den Bürgern vor.

Von 41 angehörten Anliegern: 21 Gegenstimmen

15 keine Äußerung = positives Votum 5 städtische Grundstücke = positives Votum

Somit spricht sich <u>die Mehrheit</u> der angehörten Eigentümer <u>gegen</u> die Erneuerung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung aus.

Nach § 10 Abs. 2 der Straßenbaubeitragssatzung vom 19.05.2006 ist die Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen, wenn eine Mehrheit der Beitragspflichtigen der Ausbaumaßnahme schriftlich widerspricht.

Der von den Bürgern in der Anhörung mehrfach vorgetragene Ablehnungsgrund ist, dass die Straßenbeleuchtungsanlage losgelöst vom Straßenausbau mit Herstellung eines Gehweges erfolgt.

Da mittelfristig kein Straßenausbau mit Herstellung eines Gehweges im Investitionsprogramm des Fachbereiches Grün- und Verkehrsflächen eingeplant ist, hält die Verwaltung nach Abwägung und pflichtgemäßem Ermessen an der Notwendigkeit der Erneuerung und Verbesserung der Beleuchtung für diese Verkehrsanlage fest.

Sollte die Maßnahme aus den verschiedensten Gründen nicht zur Ausführung gelangen, so kann die Stadt Potsdam ihrer Verkehrssicherungspflicht gegenüber allen Verkehrsteilnehmern nicht mehr nachkommen.

Anlagen: Tabelle Demografieprüfung Plan

POTSDAM

Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0604

Der Oberbürgermeister

zurückgezogen

zurückgestellt

Betreff:					öffentlich			
Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung								
Einreicher: FB Stadtplanung	und Bauoro	dnung			Erstellungsdatu	ım 11.0	8.2011	
		-			Eingang 902:			
					4/46/462			
Beratungsfolge:						Empfehlung	Entscheidung	
Datum der Sitzung	G	remium				1 0		
31.08.2011 Stadtverordnete	nversammlun	g der Landes	shauptstadt Pots	dam				
Beschlussvorschlag:								
Die Stadtverordnetenversar	nmlung mö	ge beschli	eßen:					
 Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) ist in seinen Grenzen gemäß § 1 Abs. 8 i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB zu ändern (siehe Anlagen 1 und 3). 								
2. Der Entwurf des Bet § 3 Abs. 2 BauGB ö						Glienicke) i	st gemäß	
3. Für diesen Bebauungsplan wird nach § 46 Abs 1 i.V.m. § 45 BauGB eine Erweiterung der Baulandumlegung – nördlich zwischen "Grüner Weg" und "Potsdamer Chaussee" – angeordnet. Die Lage ergibt sich aus der Karte (siehe Anlage 4).								
4. Der Umlegungsauss Beschluss nach § 47								
					E	•	Vorberatungen der Rückseite	
Entscheidungsergebnis								
Gremium:] s	Sitzung am:			
□ einstimmig □ mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	Ü	überwiesen in den A	usschuss:		
☐ erledigt	□ abgel	ehnt	•		Viedervorlage:			
İ				ı [V	rvicuei vullaye.			

Demografische Au	ıswirkungen: [
Klimatische A	Auswirkungen:					
Finanzielle Auswirk	ungen?		Ja	[□ Nei	in
(Ausführliche Darstellung der beantragte/bewilligte öffentl.				, Eigenanteil, Le	istungen Dr	itter (ohne öffentl. Förderung),
Planungskosten an, Landeshauptstadt Po der Planung werden belaufen. Diese Haushaltsmittel auch	g des Planve die durch o otsdam dadurd sich die exte Planungskoste n für künftige dgets aus den	erfahrens falle einen Dritten ch nicht in Andernen Planung en sollen e Jahre durch n Produktkont	übernom spruch ge iskosten v vorbehaltli n den Fa o 5110400	men werde nommen wi oraussichtlid ch der N chbereich S 0.5431569 b	en, soda rd. Für o ch auf in Verfügba Stadtplan pereit ges	il der Planung externe ess der Haushalt der den verbleibenden Teil esgesamt 13.307,77 € erkeit entsprechender erung und Bauordnung estellt werden. Aufwand
erwarten, die nicht vo	ler Planung s ollständig durc	h einen Drittei	n übernom	men werde	n könner	zung der Planung zu n. skosten wird vorläufig
Kostenposition	geschätzter /	Aufwand in €	betroffe	ener Fachbe	ereich	
Erschließung	ca. 415.000		Grün-	und Verkehr	rsflächen	
					(ggf. Folgeblätter beifügen
					_	
Oberbürgermeister			Geschä	ftsbereich 1		Geschäftsbereich 2
			Geschä	ftsbereich 3		Geschäftsbereich 4

Folgeblatt zur Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

Mit der Umsetzung der Planung ist nicht vor dem Jahr 2012 zu rechnen. Auf den Haushaltsvorbehalt auch für künftige Jahre wird hingewiesen.

Die umlegungsbedingten Kosten mit der Investitions-Nr. 0742003990001 werden aus dem Produkt-Konto 5110100.0961200 finanziert. Die durch die Abschöpfung der Umlegungsvorteile zu erwartenden Einnahmen werden im Baulandumlegungsverfahren die Verfahrens- und Sachkosten decken. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist ab 2011 vorgesehen und steht unter dem Haushaltsvorbehalt des jeweiligen Haushaltsjahres.

Folgekosten

Angaben zur weiteren zeitlichen Abwicklung und Umsetzung des Planverfahrens sind gegenwärtig nicht möglich, da erst im Laufe des Planverfahrens eine weitere Konkretisierung hierzu möglich ist. Mit der Umsetzung der Planung ist jedoch nicht vor 2012 zu rechnen. Genauere Angaben zu den zu erwartenden Realisierungskosten und zu möglichen Folgekosten werden im Laufe der Erarbeitung des Planverfahrens erfolgen. Auf den Haushaltsvorbehalt auch für künftige Jahre wird hingewiesen.

Kurzeinführung

Hinweis zur Gliederung der Beschlussvorlage

In den Unterlagen, die in der Originalvorlage den Mitgliedern der beteiligten Fachausschüsse vorliegen, sind folgende Anlagen enthalten:

Anlage 1: Planzeichnung 1 Plan Anlage 2: Begründung 177 Seiten Anlage 3: Änderung des Geltungsbereichs 1 Seite Anlage 4: Änderung der Anordnung der Baulandumlegung 1 Seite

Darstellung der Ergebnisse aus den bisherigen Verfahrensschritten und Empfehlung der Verwaltung

Anlass für die vorliegende Beschlussvorlage

Die Gemeindevertretung Groß Glienicke hat am 14.03.2002 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" gefasst. Mit dem Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur städtebaulichen Entwicklung des Plangebietes unter Steuerung des Einzelhandels geschaffen werden.

Zusammenfassung der Ergebnisse aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde vom 19.08.2008 bis zum 22.09.2008 durchgeführt.

Es gingen 3 schriftliche Stellungnahmen ein, davon 2 von Bürgern und eine von einer Gesellschaft, die Grundstückseigentümerin im Plangebiet ist.

Die vorgebrachten Anregungen bezogen sich auf das städtebauliche Konzept (2 Vorzugvarianten), die Geschosszahl im östlich gelegenen Wohngebiet, Spiel- und Sportanlagen sowie die Erschließung.

Die Anregungen wurden geprüft und die Planung wie folgt geändert:

- die Vorzugsvariante A bildet die Grundlage für die weitere Planung
- Festsetzung des Mehrzweckspielfeldes und des Spielplatzes in der Grünfläche an der L 20
- die Gebäudehöhe im östlichen Wohngebiet orientiert sich an der der vorhandenen Bebauung.

Zusammenfassung der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Mit Schreiben vom 29.07.2008 wurden 20 Träger öffentlicher Belange, Fachabteilungen der Landesämter und 2 Nachbargemeinden zur Stellungnahme zum Bebauungsplan-Vorentwurf

aufgefordert. 17 beteiligte Behörden äußerten sich dazu. Davon hatten 8 keine Anregungen bzw. waren in ihren Belangen nicht betroffen. 3 Behörden äußerten sich nicht. Es wird davon ausgegangen, dass diese 3 Träger öffentlicher Belange der Planung zustimmen.

Die vorgebrachten Anregungen bezogen sich im Wesentlichen auf sich auf die Vereinbarkeit der Planung mit den Zielen der Landesplanung, die Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes, des Immissionsschutzes sowie des Denkmalschutzes.

Die Anregungen wurden geprüft und die Planung wie folgt geändert:

- der Planinhalt ist in Übereinstimmung mit den landesplanerischen Zielen weiterentwickelt worden
- Berücksichtigung des Faunistischen Gutachtens sowie der Eingriffs- und Ausgleichbilanzierung
- Übernahme der Ergebnisse der artenschutzrechtlichen Kartierung und der Immissionsprognose
- Reduzierung der Bebauung des Mühlenbergs
- nachrichtliche Übernahme der Denkmale im Baugebiet WA und an der Potsdamer Chaussee und Begrenzung der Bebauungsmöglichkeiten auf diesen und angrenzenden Grundstücken.

Zusammenfassung der Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der städtischen Fachbereiche als Träger öffentlicher Belange

10 Fachbereiche der Stadtverwaltung wurden mit Schreiben vom 29.07.2008 zur Stellungnahme zum Bebauungsplan-Vorentwurf aufgefordert. Alle beteiligten Fachbereiche äußerten sich dazu.

Die Anregungen bezogen sich im Wesentlichen auf die Ausweisung der entsprechend dem Einzelhandelsgutachten empfohlenen Fläche als Sondergebiet "Nahversorgung", die Verkehrsplanung, einer notwendigen Fläche zur Regenentwässerung, die Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes sowie auf die Lage der Spiel- und Erholungsflächen.

Die Anregungen wurden geprüft und die Planung wie folgt geändert:

- Festsetzung der vorgesehenen Einzelhandelsflächen als Sondergebiet "Nahversorgung"
- Festsetzung einer Fläche an der Potsdamer Chaussee zur Ableitung des Regenwassers
- Übernahme des Faunistischen Gutachtens und der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung
- Festsetzung eines Mehrzweckspielfelds und eines Spielplatzes
- Herausnahme des Teilbereichs am Knotenpunkt Potsdamer Chaussee / Glienicker Dorfstraße
- Reduzierung der Bebauung und der Erschließung auf dem Mühlenberg
- Festsetzung der Stichstraße zu im mittleren Teil des Plangebietes gelegenen Allgemeinen Wohngebieten als private Verkehrsfläche, aller übrigen Straßen als öffentliche Verkehrsfläche.

Zusammenfassung der Ergebnisse aus der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Mit Schreiben vom 20.04.2011 wurden 26 Träger öffentlicher Belange, Fachabteilungen der Landesämter und die Nachbargemeinden zur Stellungnahme zum Bebauungsplan-Entwurf aufgefordert.

Während des Beteiligungsverfahrens gingen insgesamt 19 Stellungnahmen ein. 9 Behörden haben der Planung zugestimmt. 7 Behörden haben sich nicht zur Planung geäußert. Daher wird davon ausgegangen, dass sie der Planung zustimmen.

Die Äußerungen bezogen sich im Wesentlichen auf Belange des Immissionsschutzes, des besonderen Artenschutzes und auf die Festsetzungen zum Einzelhandel.

Die Anregungen wurden geprüft und die Planung dahingehend präzisiert, dass

- der aus Immissionsschutzgründen geforderte Ausschluss einer Nachnutzung für das Mehrzweckspielfeld im Rahmen des städtebaulichen Vertrags geklärt werden soll
- eine stärkere Differenzierung der einzelhandelsrelevanten Festsetzungen im Sondergebiet "Nahversorgung" und im östlich angrenzenden Mischgebiet erfolgt.

Zusammenfassung der Ergebnisse aus der förmlichen Beteiligung der städtischen Fachbereiche als Träger öffentlicher Belange

13 Fachbereiche der Stadtverwaltung wurden mit Schreiben vom 20.04.2011 zur Stellungnahme zum Bebauungsplan-Entwurf aufgefordert. 10 Fachbereiche äußerten sich dazu.

Die Stellungnahmen bezogen sich im Wesentlichen auf die Durchsetzung des Geh- und Fahrrechts, auf die Reduzierung der Gebäudehöhen angrenzend an Denkmale, auf die Lage des Spielplatzes im östlichen Plangebiet und den Umfang öffentlicher Grünflächen.

Die Anregungen wurden geprüft und die Planung dahingehend präzisiert, dass

- das Geh- und Fahrrecht im städtebaulichen Vertrag aufgenommen werden soll
- im MI 1 und im östlichen Teil des MI 2 eine Reduzierung auf 2 Geschosse erfolgt, wobei das 2. Geschoss als Dachgeschoss auszubilden ist.

Aufgrund der guten Ausstattung des Plangebiets mit öffentlich zugänglichen Grünflächen und mit Waldflächen sind weitere öffentliche Grünflächen nicht erforderlich. Aus Immissions- und Artenschutzgründen ist eine Verlagerung des Spielplatzes nicht möglich.

Zur Umsetzung der Planung ist der Abschluss eines städtebaulichen Vertrags vorgesehen.

Änderung des räumlichen Geltungsbereichs

Nicht mehr in den Geltungsbereich einbezogen werden müssen der Mündungsbereich der Dorfstraße in die Potsdamer Chaussee und die angrenzenden Grundstücke auf der Südseite der Potsdamer Chaussee (Flurstücke 10,11). Die Fachplanungen zum künftigen Ausbau des Verkehrsknotens sind noch nicht ausreichend fortgeschritten und sollen für diesen Bereich gesondert weiter geführt werden.

In den Geltungsbereich des Bebauungsplans als Reines Wohngebiet aufgenommen werden sollen nordöstlich des Grünen Wegs gelegenen Flächen, die die bereits im Plangebiet enthaltenen Wohngebietsflächen ergänzen und gemeinsam mit diesen erschlossen werden können.

Erweiterung des Bereichs für die Anordnung der Baulandumlegung

Für diesen Bebauungsplan wird nach § 46 Abs. 1 i. V. m. § 45 BauGB eine Erweiterung der Baulandumlegung angeordnet. Die Lage ergibt sich aus der beigefügten Karte (Anlage 4).

Aufgrund der unzweckmäßigen Gestaltung der betroffenen Grundstücke müssen zur Verwirklichung der Planungsziele bodenordnende Maßnahmen durchgeführt werden, so dass nach Lage, Form und Größe für die bauliche und sonstige Nutzung zweckmäßig gestaltete Grundstücke entstehen und etwa anfallende ungleichmäßige planerische Auswirkungen auf einzelne Eigentumsflächen ausgeglichen werden können.

Zur Verwirklichung des Bebauungsplans soll das bereits nach § 45 ff. BauGB angeordnete Umlegungsverfahren um diese Flächen erweitert werden. Dazu ist eine Erweiterung des Bereichs für die Anordnung der Umlegung erforderlich.

Die parzellenscharfe Abgrenzung des Umlegungsgebietes gemäß § 52 BauGB bleibt dem Umlegungsbeschluss des Umlegungsausschusses der Landeshauptstadt Potsdam bei Durchführung eines amtlichen Verfahrens vorbehalten.

Empfehlung der Verwaltung

Sofern dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt wird, kann der Beschluss zur Änderung des räumlichen Geltungsbereichs und zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" gefasst werden und die Erweiterung der Baulandumlegung angeordnet werden.

Anlagen

Anlage Demografieprüfung

Anlage 1: Planzeichnung 1 Plan Anlage 2: Begründung 177 Seiten Anlage 3: Änderung des Geltungsbereichs 1 Seite Anlage 4: Änderung der Anordnung der Baulandumlegung 1 Seite



Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0641

Betreff:		öffentlich		
Parkraumbewirtschaftungskonzept				
Einreicher: FB Grün- und Verkehrsflächen		Erstellungsdatu	m 22.0	6.2011
		Eingang 902:	12.0	8.2011
		4/47		
Beratungsfolge:			Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung Gremium			Emplement	Entodricidang
31.08.2011 Stadtverordnetenversammlung der Landes	hauptstadt Potsdam			
	·			
				<u> </u>
Beschlussvorschlag:				
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschlie	eßen:			
Das Parkraumbewirtschaftungskonzept der Lande	eshauptstadt Potsd	am als Grundla	ae zur Änd	deruna
der Gebührenordnung für die Nutzung gebührenp	flichtiger Parkplätze	e im öffentliche		
dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Park	.gebunrenoranung)			
		Er		/orberatungen
			auf	der Rückseite
Entscheidungsergebnis				
Gremium:	S	itzung am:		
□ einstimmig □ mit Stimmen- Ja Nein mehrheit	Enthaltung	berwiesen in den Au	sschuss:	
□ erledigt □ abgelehnt				
	V	Viedervorlage:		
□ zurückgestellt □ zurückgezogen				

Demografische Auswirkungen:									
		_							
Klimatische Auswirkungen	:								
Finanzielle Auswirkungen?		Ja	□ Nein						
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswibeantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgek			eil, Leistungen Dritte	er (ohne öffentl. Förderung),					
<u>Jährliche Investitionskosten:</u> Die aus der Umsetzung des F Parkscheinautomaten erfolgt nach		•		nde Aufstellung von					
Jährliche Folgekosten: Die zusätzlichen Kosten für die angegebenen Umsetzungszeitraur Überwachungsaufwandes zur Dur GB 3 für das zusätzliche Übervoraussichtlich 160.000 Euro.	m jährlich um vorchsetzung der l	oraussichtlich 10 Parkraumbewirts	0.000 Euro. Au chaftung steig	ıfgrund des erhöhten gen die Ausgaben im					
<u>Jährliche erwartete Mehreinnahmen:</u> Durch die verstärkte Parkraumüberwachung und die räumliche sowie zeitliche Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung ergeben sich mit der Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes voraussichtlich Mehreinnahmen von jährlich 0,1 Mio. Euro nach dem ersten Jahr bis 0,6 Mio. Euro nach dem letzten Jahr des Umsetzungszeitraumes.									
(weiter – siehe Folgeblätter)									
			99	ıf. Folgeblätter beifügen					
Oberbürgermeister		Geschäftsbereic	h 1	Geschäftsbereich 2					
		Geschäftsbereicl	h 3	Geschäftsbereich 4					

Begründung:

Um zukünftig den Anforderungen an eine stadtverträgliche und umweltfreundliche Organisation des ruhenden Verkehrs im öffentlichen Straßenraum gerecht zu werden, wurde vom Fachbereich Grünund Verkehrsflächen die Erarbeitung eines Parkraumbewirtschaftungskonzepts beauftragt. Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Parkraumanalysen zeigen, dass hinsichtlich der Bilanz zwischen Parkraumangebot und Parkraumnachfrage ein deutlicher Nachfrageüberhang für weite Teile der dichtbesiedelten Innenstadtgebiete und deren Randlagen besteht. Zudem konkurrieren in diesen Gebieten verschiedene Nutzergruppen (Bewohner, Gewerbetreibende, Besucher, Berufspendler) um die knappen Stellplätze.

Der anhaltend hohe Parkdruck in den bereits bewirtschafteten Innenstadtbereichen führt zur Verdrängung des ruhenden Verkehrs, insbesondere in die angrenzenden Wohnbereiche. Dagegen stehen dem hohen Parkdruck im öffentlichen Straßenraum freie Stellplatzkapazitäten in verschiedenen öffentlich zugänglichen Parkhäusern und Tiefgaragen gegenüber.

Ausgehend von diesen Ergebnissen benennt das Konzept folgende Maßnahmen und Ziele:

1. Anpassung der Parkraumbewirtschaftungsgrenzen (Anlage Karte Gebietskulisse)

Durch die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf angrenzende Bereiche der Potsdamer Innenstadt und des Babelsberger Zentrums wird eine Verbesserung der Parkraumverfügbarkeit für Bewohner angestrebt. Die strikte Begrenzung der Dauerparkplätze auf das erforderliche Maß (z.B. Wohn- und Servicefunktionen) und eine umfassende Bewirtschaftung (Mischformen der Bewirtschaftung: Gebührenparken, Bewohnerparken, Gebührenparken für Bewohner frei) führen zu einer Entlastung dieser Bereiche bei gleichzeitiger Sicherstellung der notwendigen Stellplätze für den Einkaufs-, Dienstleistungsund Anwohnerverkehr. Die Bewirtschaftung führt zudem zu einer Reduzierung der Parksuchverkehre und damit zur Verringerung der Lärm- und Schadstoffimmissionen.

2. Neuordnung der Bewohnerparkzonen (Anlage Karte Gebietskulisse)

Durch die Zusammenlegung bestehender Bewohnerparkzonen zu größeren Einheiten soll insgesamt eine bessere Verteilung des ruhenden Verkehrs auf die vorhandenen Stellplatzkapazitäten erreicht werden. Gleichzeitig wird damit dem Bedürfnis der Bewohner nach räumlicher Flexibilität beim Parken nachgegangen.

3. Steuerung des ruhenden Verkehrs im touristisch stark frequentierten Innenstadtbereich durch tägliche Bewirtschaftung (einschließlich Sonn- und Feiertage)

Die im Rahmen der Untersuchung durchgeführten Zählungen zur Parkraumnachfrage belegen, dass im Innenstadtbereich nicht nur während der werktäglichen Geschäftszeiten hoher Parkdruck besteht, sondern auch sonntags eine sehr hohe Belegung (teilweise Überbelegung) der vorhandenen Stellplätze zu verzeichnen ist. Zur Entlastung der Innenstadt und zur Steigerung der Auslastung der Parkhäuser erfolgt eine tägliche Bewirtschaftung in diesem Bereich.

4. Erhöhung des Personalbestandes im Fachbereich Ordnung und Sicherheit zur Durchsetzung der Maßnahmen

Zwischen Einhaltung der Parkregelungen, Höhe der Parkgebühreneinnahmen und Überwachungsaufwand besteht ein signifikanter Zusammenhang, so dass der Erfolg der Maßnahmen maßgeblich davon abhängt, ob ausreichendes Überwachungspersonal zur Verfügung steht. Unter Verwendung von Erfahrungswerten ergibt sich bei entsprechender sukzessiver Ausdehnung der Bewirtschaftung auf die Erweiterungsgebiete im Zeitraum 2012 bis 2015 ein zusätzlicher Mehrbedarf von jährlich 4 Mitarbeitern im Fachbereich Ordnung und Sicherheit einschließlich der erforderlichen Mittel für Technik/Ausstattung und IT-Bedarf, um die Durchsetzung der Maßnahmen zu erreichen und die erwarteten Mehreinnahmen durch Parkgebühren zu erzielen.

5. Erhöhung der Parkgebühren

Aufgrund des anhaltend hohen Parkdrucks im öffentlichen Straßenraum im Bereich der Innenstadt und aufgrund der freien Kapazitäten in öffentlich zugänglichen Parkhäusern und Tiefgaragen erfolgt eine Anpassung der Parkgebührenordnung. Entsprechend den

Empfehlungen des Parkraumbewirtschaftungskonzepts ist eine Anhebung der Parkgebühren auf 1,00€ je halbe Stunde für die Parkgebührenzone 1 und auf 0,50€ je halbe Stunde für die Parkgebührenzone 2 vorgesehen. Die Anhebung der Parkgebühren stellt eine effektive Maßnahme zur Stärkung des Umweltverbundes (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) und zur Verkehrsberuhigung der Innenstadt dar. Sie folgt dem bundesweiten Trend in Städten mit ähnlich hohem Parkdruck und Luftschadstoffproblemen.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Parkraumbewirtschaftungskonzepts erfolgt sukzessive - im Rahmen der geplanten investiven Mittel - im Zeitraum 2011 bis 2015.

Die Flächenausdehnung der Parkraumbewirtschaftung und die Anhebung der Parkgebühren werden als Maßnahmen zur CO_2 -Reduzierung im integrierten Klimaschutzkonzept der Landeshauptstadt Potsdam genannt und sind Bestandteil des Luftreinhalteplanes und des Lärmaktionsplanes der Landeshauptstadt Potsdam.

Anlagen:
Demografieprüfung
Karte
Parkraumbewirtschaftungskonzept

Folgeblätter – Finanzielle Auswirkungen:

Jährliche Investitionskosten

Entsprechend der vorgesehenen Umsetzungsstufen bis 2015 sind die Investitionsmittel für die Aufstellung neuer Parkscheinautomaten wie folgt in der Haushaltsplanung enthalten:

2012 70 TEUR 2013 70 TEUR 2014 70 TEUR 2015 70 TEUR

Mit diesen Finanzmitteln ist die Anschaffung der Parkscheinautomaten im erforderlichen Umfang realisierbar.

Jährliche Folgekosten

Der Mittelbedarf für Sach- und Dienstleistungen der Jahre 2007 bis 2010 für die Bewirtschaftung der Parkscheinautomaten lag zwischen 309 und 395 TEUR. Schwankungen werden beispielsweise durch Schadens- und Vandalismusereignisse verursacht.

Für die Bewirtschaftung der Parkscheinautomaten sind laut mittelfristiger Planung 2011 bereits bis 2014 jährlich erhöhte Ansätze, bis auf 439 TEUR steigend, eingestellt, um die mit der Aufstellung weiterer Parkscheinautomaten verbundenen zusätzlichen Kosten für die Wartung und Entleerung abzusichern.

Abschreibungen werden entsprechend der Neuinvestitionen angepasst und in die Ergebnisplanung aufgenommen. (Für 2015 ist die Planung noch nicht abgeschlossen.)

Die mit der Umsetzung des Konzeptes erwartete Ertragssteigerung hängt von der konsequenten Überwachung während der verlängerten Bewirtschaftungszeiten und auf dem räumlich erweiterten Gebiet ab.

Mehrertrag

Mit der zeitlichen und räumlichen Erweiterung der Bewirtschaftung der Parkscheinautomaten und der verstärkten Parkraumüberwachung im Zuge der Durchsetzung des

Parkraumbewirtschaftungskonzeptes werden im Vergleich zum Ist-Zustand Mehrerträge von jährlich 0,1 bis 0,6 Mio. EUR erwartet. Die Anhebung der Parkgebühren generiert voraussichtlich 0,7 Mio. EUR an zusätzlichen Einnahmen. Insgesamt ergeben sich dadurch Mehrerträge von jährlich 0,8 bis 1,3 Mio. EUR. Diese sind ebenfalls bereits in der mittelfristigen Planung 2011 bis 2014 enthalten.

Entwicklung des Ergebnisses (in EUR)

Jahr	Maßnahme f. Sach- u. Dier	Ertrag nstl.	Aufwendungen	Abschreibungen	Saldo
Ist 2007		2.004.998	315.117	38.337	1.651.544
Ist 2008		1.968.469	309.692	46.404	1.612.373
Ist 2009		1.989.863	394.625	50.700	1.544.538
Ist 2010		1.828.309	356.253	69.900	1.402.156
Plan 2011	Gebühren- erhöhung*	2.260.750	422.500	55.500	1.782.750
Plan 2012	Aufstellung 20 PSA	2.693.500	432.100	48.800	2.212.600
Plan 2013	Aufstellung 15 PSA	3.126.200	434.100	56.300	2.635.800
Plan 2014	Aufstellung 15 PSA	3.588.000	438.800	52.400	3.096.800
Plan 2015	Ersatzmaß- nahmen für PSA	3.588.000	443.800	14.400	3.129.800

^{*} Die Ertragssteigerung für das Jahr 2011 ist auf die Erhöhung der Parkgebühren zurückzuführen. Sie bleibt jedoch hinter den ursprünglichen Prognosen zurück, da infolge witterungsbedingter Verzögerungen bei den Untersuchungen zum Parkraumbewirtschaftungskonzept und der daraus resultierenden Verspätung bei der Einbringung der Beschlussvorlage die Erhöhung der Parkgebühren erst zu einem späteren Zeitpunkt greifen kann.

Der nicht-lineare Verlauf der prognostizierten Ertragssteigerungen ergibt sich aus dem unbekannten Einfluss der Gebührenerhöhung auf die Verkehrsmittelwahl (30-50% Abwanderung der Parker) und aus dem sukzessiven Vorgehen bei der Ausdehnung der Bewirtschaftung auf unterschiedlich strukturierte Gebiete.



erledigt

zurückgestellt

abgelehnt

zurückgezogen

Stadtverordnetenversammlung

Landeshauptstadt Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0642

Wiedervorlage:

D - 4 ff-						orrentiich			
	nung für die Nut andeshauptstadt					n öffentlichen S	traßen	land	auf dem
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen			n				22.06.2011		
						Eingang 902: 4/47		12.0	0.2011
Beratungsfolg	e:						Empfe	hlung	Entscheidung
Datum der Sitzun	g	Gremium							
31.08.2011	Stadtverordneten	versammlun	g der Lande	eshauptstadt Pots	dam				
Gebührenord	ordnetenversam dnung für die Nu andeshauptstad	tzung geb	- ührenpflic	htiger Parkplä					
Unterschrift						E	rgebniss		/orberatungen der Rückseite
Entscheidun	gsergebnis								
Gremium:]	Sitzung am:			
□ einstimmig	mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung] [überwiesen in den A	usschus	s:	

Demografische Auswirkungen:				
Klimatische Auswirkungen:				
Finanzialla Augustkungan?		Ja		Nein
Finanzielle Auswirkungen?		Ja	Ш	INCIII
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Aus- Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förd			Leistun	gen Dritter (ohne öffentl.
 Jährliche erwartete Mehreinnahm	ien:			
Durch die Anhebung der Parkgeb		ch voraussichtlich	Mehr	einnahmen von jährlich
0,7 Mio. Euro.				
				ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Parkgebührenordnung vom 07.04.2010 (veröffentlicht am 27.05.2010 im Amtsblatt 06/2010 – Beschluss 09/SVV/0781) wird auf der Grundlage des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes geändert.

Aufgrund des anhaltend hohen Parkdrucks im öffentlichen Straßenraum im Bereich der Innenstadt und aufgrund der freien Kapazitäten in öffentlich zugänglichen Parkhäusern und Tiefgaragen erfolgt eine Anpassung der Parkgebührenordnung. Entsprechend den Empfehlungen des Parkraumbewirtschaftungskonzepts ist eine Anhebung der Parkgebühren auf 1,00€ je halbe Stunde für die Parkgebührenzone 1 und auf 0,50€ je halbe Stunde für die Parkgebührenzone 2 vorgesehen. Die Anhebung der Parkgebühren stellt eine effektive Maßnahme zur Stärkung des Umweltverbundes (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) und zur Verkehrsberuhigung der Innenstadt dar. Sie folgt dem bundesweiten Trend in Städten mit ähnlich hohem Parkdruck und Luftschadstoffproblemen.

Die Anhebung der Parkgebühren wird als Maßnahme zur CO_2 -Reduzierung im integrierten Klimaschutzkonzept der Landeshauptstadt Potsdam genannt und ist Bestandteil des Luftreinhalteplanes und Lärmaktionsplanes der Landeshauptstadt Potsdam.

Anlagen: Demografieprüfung Gebührenordnung



Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0617

öffentlich Betreff: Tierheimneubau						
Einreicher: Fraktion DIE LINKE	Erstellungsdatu Eingang 902:	m <u>12.0</u>	12.08.2011			
Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung			
Datum der Sitzung Gremium						
31.08.2011 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdar	m					
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass de Grundstück für den Bau eines neuen Tierheims zur Verfügung ge Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die dafür notwendigen erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2011 über de	estellt wird. Gespräche zu führ en Stand zu inform	ren und die				
Unterschrift		_	der Rückseite			
Entscheidungsergebnis						
Gremium:	Sitzung am:					
□ einstimmig □ mit Stimmen- de de mehrheit □ abgelehnt □ abgelehnt	überwiesen in den Au	usschuss:				
	Wiedervorlage:					
□ zurückgestellt □ zurückgezogen						

Demografische Auswirkungen:			
Klimatische Auswirkungen:			
Finanzielle Auswirkungen?	Ja	Nein	
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Aus- Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förd		ngen Dritter (d	ohne öffentl.
		ggf. Folg	geblätter beifügen

Begründung:

Potsdam braucht ein neues Tierheim. Der Tierschutzverein Potsdam hat sein Interesse bekundet, ein solches Tierheim zu bauen und sich damit um den Auftrag zur Betreuung der Fundtiere in Potsdam zu bemühen.

Dem Anliegen des Vereins, dafür ein städtisches Grundstück zur Verfügung gestellt zu bekommen, sollte gefolgt werden.



Änderungs-/Ergänzungsantrag zur Drucksache Nr. 11/SVV/0617

Einreic	her:	Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen					
Betreff	:	Tierheimneubau					
			Erstellungsdatu Eingang 902:	m <u>08.0</u>	9.2011		
Beratun	ngsfolge	<u> </u>		Empfehlung	Entscheidung		
Datum d	ler Sitzur	ng Gremium					
15.09.2	011	KOUL			Х		
	_	Ergänzungsvorschlag:					
Die Sta	adtvero	rdnetenversammlung möge beschließen:					
Brande auch a	enburg .ußerha	ermeister wird beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam- a. d. H. Gespräche mit dem Ziel zu führen, ein gemeins lb Potsdams liegen kann. Dabei sind für einen potenzie Kriterien zu berücksichtigen.	sames Tierheir	n zu bauen			
1.		latur- und Tierschutzgedanke einen hohen Stellenwert äumen.	bei der Entsch	eidungsfin	dung		
2.	Die za	hlreichen ehrenamtlichen TierschützerInnen bei ihrer A	rbeit zu unters	tützen.			
3.	Proble	otentiellen Standorte sollten mit Standortkriterien und pomfaktoren vor Ort in die Entscheidungsmatrix den Stad ein breiter Konsens für eine Standortentscheidung zu S	dtverordneten v				
4.	dem T	itscheidung darüber in welcher Form, dass Tierheim re ierschutzverein Potsdam zusammengearbeitet wird, ha en benannten Voraussetzungen zu treffen.					
Der Na Dabei s Potsda	Begründung: Der Natur- und Tierschutzgedanke muss bei der Entscheidungsfindung einen hohen Stellenwert haben. Dabei soll der grundsätzlich zu unterstützende Neubau eines Tierheims in der Landeshauptstadt Potsdam oder in der Nähe auch ein Ort für die zahlreichen ehrenamtlichen TierschützerInnen sein und diese bei ihrer Arbeit unterstützen.						
Unter	rschrift		Ве	gründung si	ehe Anlage		



Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0634

öffentlich Betreff: Tonnagebegrenzung Einreicher: Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten Erstellungsdatum 16.08.2011 Eingang 902: Beratungsfolge: Empfehlung Entscheidung Datum der Sitzung Gremium 31.08.2011 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welchen Straßen im Innenstadtbereich von Potsdam eine Tonnagebegrenzung auf 7,5 Tonnen eingerichtet werden kann. Eine Berichterstattung soll in der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 erfolgen. Martina Engel-Fürstberger Peter Schultheiß gez. Fraktionsvorsitzende Fraktionsvorsitzender Fraktion FDP Fraktion Potsdamer Demokraten Ergebnisse der Vorberatungen Unterschrift auf der Rückseite Entscheidungsergebnis Gremium: Sitzung am: Ja Nein Enthaltung einstimmig mit Stimmenüberwiesen in den Ausschuss: mehrheit erledigt abgelehnt Wiedervorlage:

zurückgezogen

zurückgestellt

Demografische Auswirkungen:			
Klimatische Auswirkungen:			
Finanzielle Auswirkungen?	Ja	Nein	
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Aus- Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förde		ngen Dritter (d	ohne öffentl.
		ggf. Folg	jeblätter beifügen

Begründung:

Viele Straßen im Innenstadtbereich von Potsdam, wie zum Beispiel die Maulbeerallee, die Straße Am Neuen Garten und die Große Weinmeisterstraße, liegen im von Reisebussen und Stadtrundfahrten bevorzugt angefahrenen Gebiet. Einige Straßen, beispielhaft seien hier die Große Weinmeisterstraße und die Straße Am Neuen Garten genannt, sind nach Angaben der Verwaltung grundsanierungsbedürftig und für die Belastung durch schwere Reisebusse nicht geeignet. Andere wiederum müssen auf Grund der starken Belastung und dadurch an der Fahrbahn entstehender Beschädigungen mit erhöhtem Aufwand ausgebessert werden.

Eine Tonnagebegrenzung auf 7,5 Tonnen, unabhängig vom Linienverkehr der ViP Potsdam GmbH, könnte den bestehenden Ausbesserungsaufwand reduzieren und darüber hinaus auch zu einer Lärmreduktion im Innenstadtbereich beitragen.



Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0635

Betreff: Verwertung Bioabfälle	öffentlich			
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Erstellungsdatur Eingang 902:	m <u>16.0</u>	16.08.2011	
Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung	
Datum der Sitzung Gremium		Limpioniang	Enteriordania	
31.08.2011 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdar	m			
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und wirtsc Verwertung von Bioabfällen in Potsdam zu prüfen und dem Aussc Umweltschutz und Ländliche Entwicklung im 1. Quartal 2012 darc gez. M. Schubert gez. S. Hüneke Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzende	chuss für Klima, O	nbedingun rdnung,	gen der	
Unterschrift	Er	_	Vorberatungen der Rückseite	
Entscheidungsergebnis Gremium:	Sitzung am:			
□ einstimmig □ mit Stimmen-	überwiesen in den Au	sschuss:		
□ zurückgestellt □ zurückgezogen	Wiedervorlage:			

Demografische Auswirkungen:			
Klimatische Auswirkungen:			
Finanzielle Auswirkungen?	Ja	Nein	
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Aus Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förd		ngen Dritter (ohne öffentl.
		ggf. Fol	geblätter beifügen

Begründung:

Zuletzt im Jahr 2007 wurde der Stadtverordnetenversammlung der Bericht "Verwertung von Bioabfällen in Potsdam" zugeleitet. Darin wird u.a. festgestellt, dass "die separate Erfassung und Verwertung der biogenen Abfälle aus Haushaltungen der LHP … unter den aktuellen Gegebenheiten … nicht möglich" ist. Dennoch stellt die Trennung von Bioabfällen aus Haushalten weiterhin eine wichtige Ressource hinsichtlich der Aspekte Klimaschutz, Energiegewinnung und Humuswirtschaft dar. Sowohl die Gesetzgebung, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als auch die technischen Umsetzungsmöglichkeiten haben sich in den letzten Jahren insbesondere vor dem Hintergrund der Energiepreissituation weiterentwickelt. Es ist daher angeraten zu prüfen, inwieweit sich ggf. auch für die Landeshauptstadt Potsdam die Rahmenbedingungen soweit geändert haben bzw. mit einer weiteren Änderung zu rechnen ist, dass in Abänderung der o.g. Bewertung eine Ausweitung der Erfassung von Bioabfällen aus Haushalten zu erwägen ist.



zurückgestellt

zurückgezogen

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0571

Betreff: Sitzungskalend	er 2012					öffentlich			
Einreicher: Sta	adtverordnete	r Schüler a	ıls Vorsitz	ender der StV	V	Erstellungsdatu Eingang 902:	ım	19.0	7.2011
Beratungsfolge:							Empfe	hlung	Entscheidung
Datum der Sitzung		Gremium							
31.08.2011	Stadtverordneten	versammlun	g der Lande	shauptstadt Pots	dam				
Die Stadtverord Sitzungskalend Ausschüsse. Unterschrift	dnetenversam				dnete	enversammlung		e der \	onen und /orberatungen der Rückseite
Entecholdungs	corgobnic								
Entscheidungs Gremium:	sergeoms					Sitzung am:			
□ einstimmig □	mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung		überwiesen in den A	usschuss	S:	
☐ erledigt		☐ abgel	ehnt			Wiedervorlage:			

Demografische Auswirkungen:			
Klimatische Auswirkungen:			
Finanzielle Auswirkungen?	Ja		Nein
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Aus Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förd		eil, Leistun	gen Dritter (ohne öffentl.
			C = 1 11000 1 150
			ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der vorliegende Sitzungskalender dient als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und Fraktionen. Die vorgelegte Planung der Sitzungstermine entspricht den Erfahrungen der letzten Jahre unter weitestgehender Beibehaltung der ursprünglichen Sitzungstermine. Allerdings lassen sich durch Feier- und Ferientage Änderungen bzw. Überschneidungen nicht vollständig verhindern. Ebenso gelingt es durch die Anzahl der Ausschusssitzungen nicht, die Ferientage vollständig von Sitzungsterminen freizuhalten.

Aufgrund des Tages der Deutschen Einheit und der Herbstferien vom 01.10. – 12.10.2012 wird vorgeschlagen, die Septembersitzung und die Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung wie in 2011 nicht am ersten Mittwoch im Monat stattfinden zu lassen.

Entsprechend der Hinweise, dass jeweils am letzten Mittwoch im Monat Landtagssitzungen stattfinden und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Sommerferien bereits am 03. August 2012 enden, wird für die

Septembersitzung der 22. August 2012

und für die

Oktobersitzung der 19. September 2012

vorgeschlagen.

Änderungen der vorgeschlagenen Termine sind unter Berücksichtigung der Ladungsfrist und der Sicherung des Teilnahmerechts der Ausschussmitglieder möglich, allerdings unter Beachtung der Beratung von Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung in der nächstfolgenden Ausschusssitzung.

Nach Beratung in allen Ausschüssen der StVV soll der Sitzungskalender spätestens am 02. November 2011 beschlossen und anschließend in gedruckter Form vorgelegt sowie im RIS veröffentlicht werden.

Anlage:

Potsdam

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0482

Landeshauptstadt

Der Oberbürgermeister

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Betreff: öffentlich Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz bezüglich **DS Nr.:** 11/SVV/0222 Erstellungsdatum 01.06.2011 Eingang 902: Einreicher: FB Grün- und Verkehrsflächen 4/47/471 Beratungsfolge: Datum der Sitzung Gremium 31.08.2011 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis: Das Wohngebiet Drewitz wird zurzeit vollumfänglich mit Fernwärme aus der Kraft-Wärme-Koppelung versorgt. Im Rahmen der Konzepterstellung des Wettbewerbsbeitrages der PRO Potsdam "Gartenstadt Drewitz energetisch stark - energisch grün" zum Bundeswettbewerb "Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen" wurde die EWP GmbH beteiligt. Das Thema Biogas Kraftwerk zur Nutzung innerhalb des Bereiches der Gartenstadt Drewitz wird auch seitens der Ersteller des Wettbewerbsbeitrages nicht verfolgt, da es sich um eine Nahversorgungsbetrachtung handelt und im Wohngebiet Drewitz selbst kein Gasnetz existiert, welches zur Durchleitung von Bio-Erdgas benötigt wird. Beratungsergebnis Zur Kenntnis genommen: Gremium: Sitzung am: \Box zurückgestellt überwiesen in den Ausschuss: zurückgezogen Wiedervorlage:

Finanzielle Auswirkungen?		Ja		Nein	
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkung beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten	gen, wie z. B. G n, Veranschlagu	Gesamtkosten, ing usw.)	Eigenanteil, Leistur	ngen Dritter	(ohne öffentl. Förderung),
				ggf.	. Folgeblätter beifügen
Oberbürgermeister		Geschäf	tsbereich 1		Geschäftsbereich 2
	Γ			Γ	
		Geschäf	tsbereich 3		Geschäftsbereich 4



Landeshauptstadt Potsdam

Der Oberbürgermeister

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0599

Betreff: Schafgraber	1	öffentlich	
bezüglich DS Nr.: 11/S	VV/0309		
		Erstellungsdatum	04.08.2011
		Eingang 902:	05.08.2011
Einreicher: Fl	3 Grün- und Verkehrsflächen	4/47	
Beratungsfolg	je:		
Datum der Sitzur	ng Gremium		
31.08.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
Für eine plan Rahmen des Maßgebliche Bestandssich Gesamtzusta Sollten schnichohes massi wird. Dieses Der faktische erforderlich sumfängliche Bisherige Beden gegeben Perspektiviscerstellen, inw Breiten ausg	Itteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur imäßige Erneuerung bzw. regelmäßige Reparaturen am Gaktuellen Haushaltsbudgets keine finanziellen Mittel zur VSicherheitsdefizite und Gefahrenquellen sind nicht beinerung sind wenig sinnvoll. Es müssten grundsätzliche indes eingeleitet werden. Welle Veränderungen an dem jetzigen Bestand vorgenomrives Geländer einzubauen, da der Weg längs des Schafgrwiederum würde die Wartung des Schafgrabens als Gewäße Querschnitt des Grabens ist ausschlaggebend dafür, obein wird. Perspektivisches Ziel sollte ein Verzicht auf unn Planungs- und Vorbereitungsmaßnahmen einzuleiten. Westrebungen zur Verbesserung des bestehenden Zustanden Verkehrs- und Grabenbreiten sowie Finanzierungsengsch ist eine Machbarkeitsuntersuchung zur komplexen Berieweit der Graben in hydrologisch ausreichender Breite verebauten Geh- und Radweg verbunden werden kann. Dabeite des Schafgrabens als auch der Verkehrsanlage sicherz	eländer des Schafgra erfügung. kannt. Kleinteilige M Maßnahmen zur Ver men werden, dann wasbens auch von Rad sser wesentlich einsch b zukünftig überhauf ötige Einbauten sein des sind an Eigentu bässen gescheitert. setrachtung des Gesereinbar mit einem moei ist sowohl die dau	laßnahmen zur rbesserung des väre ein 1,20 m lfahrern genutzt chränken. ot ein Geländer . Es sind hierzu msverhältnissen, samtprojektes zu it regelgerechten
Beratungsei	rgebnis		
	s genommen:		
Gremium:	5	Sitzung am:	
	☐ zurückgestellt ☐ zurückgezogen	überwiesen in den Ausschu	SS:
	<u> -</u>	Wiedervorlage:	

Finanzielle Auswirkungen?	□ Ja	□ N	ein
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkung beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten	gen, wie z.B. Gesamtkosten, Eiger , Veranschlagung usw.)	nanteil, Leistungen	Dritter (ohne öffentl. Förderung),
Die Kosten einer koordinierten Gesan schätzungsweise 250.000 €. Hierin dessen Böschung sowie die Wegearbe	sind Profilierungs- und	Sicherungsar	beiten am Graben und
Für vorbereitende Untersuchungen, willingenieurtechnische Betrachtungen wi		•	<u> </u>
Derzeitig können über den laufende beauftragt werden. Im Budget des Inv zur Verfügung. Im Budget der mittelf anderer Prioritäten keine Berücksichtig	vestitionshaushaltes steh fristigen Finanzplanung I	en zurzeit keir	ne Mittel zur Umsetzung
			ggf. Folgeblätter beifügen
Oberbürgermeister	Geschäftsbe	reich 1	Geschäftsbereich 2
	Geschäftsbe	reich 3	Geschäftsbereich 4



Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Niederschrift

30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin: Donnerstag, 15.09.2011

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 20:55 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.

79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer SPD Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold

Frau Gudrun Hofmeister

Herr Ralf Jäkel

Herr Dr. Ralf Otto

DIE LINKE

DIE LINKE

SPD

Herr Andreas Menzel Bündnis 90/Die Grünen anwesend bis 20:36 Uhr

Herr Björn Teuteberg FDP

Herr Sven Brödno Die Andere anwesend bis 20:36 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Horst Heinzel CDU/ANW

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Walter Grüne/B90 Herr Hans Becker CDU/ANW Herr Marcus Krause SPD Frau Jacqueline Krüger **FDP** Frau Elke Lentz SPD Herr Wolfgang Schwarze **DIE LINKE** Herr Wolfgang Schütt CDU/ANW Herr Horst Siebenhaar Seniorenbeirat Herr Andreas Vogel **DIE LINKE**

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

HerrHans-Peter MichalskeSPDentschuldigtHerrKlaus RietzCDUANWentschuldigtHerrWolfhard KirschBürgerBündnisentschuldigt

sachkundige Einwohner

HerrTino HenningDIE LINKEnicht entschuldigtHerrManfred KleinertDIE LINKEentschuldigt

Herr Andreas König Behindertenbeirat entschuldigt Herr Holger Wolinski SPD entschuldigt

Gäste:

Frau Alexandra Donat
Herr Thomas Schenke
Frau Ines Rudolph-Henning
Herr Reik Becker
Frau Viola Holtkamp
Frau Anke Latacz-Blume
Anwohnerin Pappelallee
FB Grün- und Verkehrsflächen
FB Grün- und Verkehrsflächen
FB Stadtplanung und Bauordnung
FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Herr Wolfgang Hülsebeck FB Feuerwehr

Frau Ilona Hönes FB Ordnung und Sicherheit

Frau Martina Spyra Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 2.1 Linden in der Seepromenade erhalten

Vorlage: 09/SVV/0843

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

2.2 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade

Vorlage: 10/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- Wiedervorlage -

2.3 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke

Vorlage: 10/SVV/0630

Fraktion SPD

mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

2.4 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen

Vorlage: 11/SVV/0534

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

2.5 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am

Böttcherberg"

Vorlage: 11/SVV/0558

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

2.6 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur

Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des

Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung

Vorlage: 11/SVV/0604

FB Stadtplanung und Bauordnung

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2.7	Parkraumbewirtschaftungskonzept Vorlage: 11/SVV/0641 Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
2.8	Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung) Vorlage: 11/SVV/0642 Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
2.9	Tierheimneubau Vorlage: 11/SVV/0617 Fraktion DIE LINKE
2.10	Tonnagebegrenzung Vorlage: 11/SVV/0634 Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten
2.11	Verwertung Bioabfälle Vorlage: 11/SVV/0635 Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen
2.12	Sitzungskalender 2012 Vorlage: 11/SVV/0571 Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
3	Mitteilungen der Verwaltung
3.1	Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz Vorlage: 11/SVV/0482 FB Grün- und Verkehrsflächen
3.2	Schafgraben Vorlage: 11/SVV/0599 Oberbürgermeister, FB Grün-und Verkehrsflächen
4	Berichte und Informationen
4.1	Information zur Katastrophenschutzplanung Forschungsreaktor BER II
4.2	Informationen zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung
4.3	Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz
5	Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 18.08.2011

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Heuer schlägt vor, die Mitteilungsvorlage 11/SVV/0482 "Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz" (TOP 3.1) bis zur nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses zu vertagen, da Vertreter der EWP und der Pro Potsdam anwesend sein sollten.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 4.3 "Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz" weist Herr Heuer darauf hin, dass es hier offensichtlich ein Informationsdefizit gab. Als Herr Dr. Gunold beantragt hat, dies im KOUL-Ausschuss zu thematisieren, war noch nicht bekannt, dass sich auch der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden mit diesem Thema befassen wird.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass sich der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden am 06.09.2011 mit der Eingabe befasst hat. Im Ergebnis wurde die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss bis zum 29.09.2011 Auskunft darüber zu erteilen, wie die zeitliche Einordnung der Umsetzung der aus den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Untersuchungen abzuleitenden Maßnahmen vorgesehen ist.

Da es zu diesem Tagesordnungspunkt einen Antrag auf Rederecht von Frau Donat als Anwohnerin gibt, schlägt Herr Heuer vor, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen und nach TOP 2.4 zu behandeln. Bezüglich des Verfahrens regt er an, Frau Donat die Möglichkeit einzuräumen, die Situation zu schildern und dann den Vorgang zurück an den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zu überweisen.

Des Weiteren informiert Herr Heuer, dass zu den Drucksachen 10/SVV/0630 "Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke" und 11/SVV/0534 "Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen" durch die Fraktion CDU/ANW Rederecht für Herr Mensch beantragt wurde.

Da es keine weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt, bittet Herr Heuer um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmunaseraebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Frau Donat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Herrn Mensch.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9 Ablehnung: 0 Stimmenthaltung: 0

zu 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 2.1 Linden in der Seepromenade erhalten Vorlage: 09/SVV/0843

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 2.1 bis 2.4 gemeinsam zu beraten und dann zu den einzelnen Drucksachen gesondert ein Votum abzugeben.

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Rudolph-Henning (FB Grün- und Verkehrsflächen) schildert anhand von Fotos die Situation vor Ort. Sie erörtert die Kompromissvariante für die Baumaßnahme in der Seepromenade, zu der sich die Verwaltung mit dem Ortsbeirat Groß Glienicke verständigt hat. Sie stellt das Ergebnis der Anhörung vor und macht dabei deutlich, dass sich ein großer Teil der Anlieger (68 %) gegen die Baumaßnahme ausgesprochen haben. Anschließend präsentiert Frau Rudolph-Henning die Ablehnungsgründe.

Sie verweist auf die geänderte Begründung zur DS 10/SVV/0600, die auch bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ausgereicht und beraten wurde.

Durch die Änderungen werden sich die finanziellen Auswirkungen verringern.

Frau Rudolph-Henning erklärt, dass zwischen Hechtsprung und Bergstraße beidseitig Gehwege in einer Breite von 1,5 m angelegt und mit Betonsteinpflaster befestigt werden. Eine Erneuerung der Straßenbeleuchtung erfolgt lediglich im Bereich zwischen Hechtsprung und Bergstraße im östlichen Gehwegbereich. Für die nunmehr geplante Baumaßnahme sind statt der ursprünglich vorgesehenen 49 Baumfällungen nur noch 25 Baumfällungen erforderlich. Dafür werden insgesamt 40 Ersatzpflanzungen vor Ort als Lückenschluss in der Baumreihe vorgenommen.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) teilt mit, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke das Thema sehr intensiv begleitet hat. Der Ortsbeirat spricht sich für den Ausbau der Seepromenade aus. Er weist darauf hin, dass die Regenentwässerung hier ein dringendes Problem ist.

Herr Menzel teilt nicht die Ansicht der Verwaltung. Er bittet die Verwaltung, sparsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen und nicht grundhaft auszubauen. Er befürchtet, dass alle vorhandenen Bäume Schaden nehmen und gefällt werden müssen, wenn man dem Vorschlag der Verwaltung folgt.

Herr Heuer erklärt namens der SPD-Fraktion, dass die DS 10/SVV/0630 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Herr Heinzel zieht den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW zurück. Er wird dem Votum des Ortsbeirates Groß Glienicke folgen.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Drucksache 09/SVV/0843.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, dafür Sorge zu tragen, auch im Falle des Ausbaus der Seepromenade in Groß Glienicke, die entlang der Straße stehenden Lindenbäume zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.2 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade Vorlage: 10/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- Wiedervorlage -

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Ausbau der Seepromenade im Teilabschnitt von der Richard-Wagner-Straße bis zur Bergstraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz und der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006 (Straßenausbaubeitragssatzung)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.3 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke Vorlage: 10/SVV/0630

Fraktion SPD mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

Herr Heuer erklärt namens der SPD-Fraktion, dass die DS 10/SVV/0630 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

zu 2.4 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen Vorlage: 11/SVV/0534

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die von Prof. Sieker vorgeschlagene alternative Straßenentwässerungslösung (s. Anlage) von unabhängiger Seite prüfen zu lassen. Dabei sind Machbarkeit und die Kosten mit dem Vorschlag der Verwaltung zu vergleichen. Vor weiteren Schritten des von der Verwaltung beförderten grundhaften Ausbaus ist bis zum Vorliegen des Prüfergebnisses abzusehen. Dezentrale Straßenentwässerungsanlagen sind in der Seepromenade als Pilotanlage und zukünftig an anderen Straßen stadtweit zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 0

Somit ist die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.5 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am Böttcherberg"

Vorlage: 11/SVV/0558

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Heuer informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen die vorliegende Drucksache abgelehnt hat. Er bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Neubau der Straßenbeleuchtung in Potsdam- Klein Glienicke "Am Böttcherberg" (Wannseestraße bis Tannenweg) als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 4

Somit ist die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.6 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung Vorlage: 11/SVV/0604

FB Stadtplanung und Bauordnung

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Holtkamp (FB Stadtplanung und Bauordnung) bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass es eine enge Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat Groß Glienicke gegeben hat und dieser bereits seine Zustimmung erteilt hat.

Herr Menzel bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet diesen. Er bittet die Ausschussmitglieder, ihre Verantwortung für die gesamte Stadt wahrzunehmen und warnt vor dem Beschluss der Verwaltungsvorlage.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) macht deutlich, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke mit einer Ausnahme das Vorhaben der Verwaltung befürwortet. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde durch den Ortsbeirat abgelehnt.

Frau Holtkamp erklärt, dass sich der Ortsbeirat Groß Glienicke auch mit möglichen Negativauswirkungen für das Seecenter befasst hat. Es gab auch eine Beteiligung von Nachbargemeinden, die sich ausschließlich positiv geäußert haben.

Herr Schütt fragt nach den Aussagen der Träger öffentlicher Belange, die nicht mit der vorliegenden Drucksache ausgereicht wurden.

Frau Holtkamp erklärt, dass diese dann mit der Beschlussvorlage zum Satzungsbeschluss vorgelegt werden.

Herr Brödno fragt, wer der Investor ist und in welchem Umfang investiert werden soll.

Frau Holtkamp kann diese Information aus Datenschutzgründen nicht geben. Externe Kosten sind der Verwaltung nicht bekannt.

Herr Menzel macht deutlich, dass das Vorhaben seiner Meinung nach im Widerspruch zum Einzelhandelskonzept steht.

Herr Teuteberg regt an, keine voreilige Entscheidung zu treffen und die Stellungnahmen vor der Abgabe eines Votums auszureichen.

Er stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: *Vertagung der DS* 11/SVV/0604 sowie Ausreichung der kompletten Zusammenstellung aller Stellungnahmen bis zur nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Somit ist die Drucksache vertagt.

zu 2.7 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen 11/SVV/0641 "Parkraumbewirtschaftungskonzept" und 11/SVV/0642 "Parkgebührenordnung" wegen ihres inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam zu beraten und dann zu den Drucksachen gesondert ein Votum abzugeben.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) erläutert anhand einer Powerpoint-

Präsentation das Parkraumbewirtschaftungskonzept. Dabei stellt er den Geltungsbereich vor und geht auf die Erhebung der Parkraumnachfrage ein. Anschließend erörtert er folgende Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation ergriffen werden sollen:

- 1. Anpassung der Parkraumbewirtschaftungskosten
- 2. Neuordnung der Bewohnerparkzonen
- 3. Sonntagsbewirtschaftung im Innenstadtbereich
- 4. Erhöhung der Parkgebühren.

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Parkgebühren macht Herr Becker deutlich, dass die Parkhäuser in der Innenstadt lediglich zu 50 % bis 60 % ausgelastet werden. Dem soll damit entgegengewirkt werden.

Herr Teuteberg gibt zu bedenken, dass durch die Erhöhung der Parkgebühren die Kaufkraft gemindert werden könnte.

Er bringt die beiden Änderungsanträge der FDP-Fraktion ein und begründet diese.

Herr Jäkel unterstützt die Erweiterung der Parkmöglichkeiten für Bewohner. Er bringt einen Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Herr Schütt weist darauf hin, dass die Parkhäuser privat gebaut und betrieben werden.

Er spricht sich für den Änderungsantrag von Herrn Jäkel aus.

Frau Lentz macht darauf aufmerksam, dass sich dieser Ausschuss mit Klima und Umwelt befassen sollte, nicht mit der Wirtschaftsförderung. Sie macht deutlich, dass für einen Stadtbummel nicht die Kurzzeitparkplätze entscheidend sind.

Herr Schwarze spricht sich dafür aus, nicht die Preise zu erhöhen, sondern intelligente Lösungen zu finden, auch für Kurzzeitparken.

Herr Menzel spricht sich für die Erhöhung der Parkgebühren aus, um die Autos von der Stadt fernzuhalten.

Herr Dr. Gunold macht deutlich, dass eine attraktive Innenstadt für ihn nicht bedeutet, dass jeder bis vor jede Tür fahren kann. Er kann keinem der Änderungsanträge zustimmen.

Aus seiner Sicht sollen Möglichkeiten geschaffen werden, um den Individualverkehr aus der Innenstadt fernzuhalten.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass teurere Parkplätze nicht dafür sorgen, dass die Innenstadt entvölkert wird. Sie weist auch darauf hin, dass die Stadtverordneten sich dafür ausgesprochen haben, dass Potsdam eine fahrradfreundliche Stadt sein soll. Der zufließende Verkehr soll möglichst vor der Stadt bleiben, auch im Sinne des Klimaschutzes.

Herr Brödno spricht sich gegen die Erhöhung der Parkgebühren aus.

Herr Teuteberg zieht den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion "Parkraumbewirtschaftung – Zentralität" zurück.

Herr Heuer macht deutlich, dass der derzeitige Zustand in der Innenstadt sehr unbefriedigend für die Bewohner ist. Die tatsächlichen Probleme bestehen darin, dass Parkplätze durch Gäste von außerhalb den ganzen Tag belegt werden. Mit dem Antrag der FDP-Fraktion soll nicht vorhandener Parkplatz lediglich auf eine

größere Fläche verteilt werden soll. Er spricht sich für die Vorschläge der Verwaltung aus.

Herr Heinzel betont, dass im vorliegenden Konzept das Thema P+R-Parkplätze völlig vernachlässigt wurde. Aus seiner Sicht gehört zu einem Konzept mehr.

Herr Becker erklärt, dass das P+R-Konzept gesondert erstellt wird. Hier sollen kostenlose Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Deshalb gehört dies nicht in das Parkraumbewirtschaftungskonzept.

Herr Heinzel weist auf die Vorteile des Handyparkens hin, die hier nicht erwähnt wurden.

Herr Teuteberg regt an, das Thema Handyparken in einer anderen Sitzung des KOUL-Ausschusses zu beraten.

Er nimmt Bezug auf die Auslastung der Parkhäuser und fragt, wie beeinflusst werden soll, dass diese ihre Gebühren nicht auch erhöhen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Lärmaktionsplan, den Luftreinhalteplan sowie das Klimaschutzkonzept und betont, dass hier das Ziel sein müsste, den Verkehr aus der Stadt herauszuhalten.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion FDP Parkraumbewirtschaftungskonzept – Mischparken:

Ergänzungsantrag:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept wird wie folgt ergänzt:

"Die Umsetzung des Punktes 5. Erhöhung der Parkgebühren unter denen im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen und Zielen erfolgt unter der Bedingung, dass Potsdam eine Zentralität von 100 erreicht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 1

Somit ist der Ergänzungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer Bittet um Abstimmung über die vorliegende Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam als Grundlage zur Änderung der Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.8 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam

(Parkgebührenordnung) Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Jäkel.

Änderungsantrag:

Der Absatz 3 Parkgebühren ist im Punkt 3.1 Parkzone 1 wie folgt zu ändern: "Die Parkgebühren betragen für das Parken je Zeiteinheit in den Grenzen der Parkzone 1:

Je halbe Stunde 0,50 € für Parkzeiten bis einschließlich 3 Stunden.

Die Parkgebühren betragen

Je halbe Stunde 1,00 € für Parkzeiten größer al 3 Stunden."

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4 Ablehnung: 5 Stimmenthaltung: 0

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4 Ablehnung: 5 Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.9 Tierheimneubau

Vorlage: 11/SVV/0617

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Gunold bringt den Antrag ein und macht dabei deutlich, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus seiner Sicht kein Änderungsantrag sondern eine eigener Antrag ist.

Herr Menzel bringt folgenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet diesen.

"Die Beschlüsse zum Tierheimneubau **07/SVV/0738**, **08/SVV/0743** und **09/SVV/1008** sind aufzuheben. Die momentane Ausschreibung zum Neubau und Betrieb eines Tierheimes mit angekoppeltem Sozialprojekt ist zu stoppen.

Des weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Stadt Brandenburg a. d. H. Gespräche mit dem Ziel zu führen, ein gemeinsames Tierheim zu bauen, welches auch außerhalb Potsdams liegen kann. Dabei sind für einen potenziellen Tierheimneubau nachstehende Kriterien zu berücksichtigen.

1. Dem Natur- und Tierschutzgedanke einen hohen Stellenwert bei der Entscheidungsfindung einzuräumen.

- 2. Die zahlreichen ehrenamtlichen TierschützerInnen bei ihrer Arbeit zu unterstützen.
- Alle potentiellen Standorte sollten mit Standortkriterien und potentiellen oder tatsächlichen Problemfaktoren vor Ort in die Entscheidungsmatrix den Stadtverordneten vorgelegt werden, damit ein breiter Konsens für eine Standortentscheidung zu Stande kommt.
- 4. Die Entscheidung darüber in welcher Form, dass Tierheim realisiert und inwiefern künftig mit dem Tierschutzverein Potsdam zusammengearbeitet wird, haben die Stadtverordneten auf Basis der oben benannten Voraussetzungen zu treffen."

Herr Heinzel weist darauf hin, dass dem Tierschutzverein genügend mögliche Grundstücke aufgezeigt wurden. Es muss aber einem Tierheimbau ein tragfähiges Konzept vorangestellt werden.

Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass man sich nicht ausschließlich an den Tierschutzverein bezüglich des Baus eines neuen Tierheimes wenden kann. Damit besäße der TSV eindeutig einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Interessenten. Man sollte dies auch nicht an einem konkreten Grundstück auf dem Gebiet der LHP festmachen.

Herr Dr. Gunold weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE enger gefasst und auch schneller umzusetzen ist.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass sich der Tierschutzverein um das in Rede stehende Grundstück bemühen kann. Dem TSV kann nicht ohne Ausschreibung durch die LHP ein Grundstück zur Verfügung gestellt werden.

Herr Jäkel beantragt folgende Änderung zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und begründet dies.

Der erste Satz ist wie folgt zu ändern:

"Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark Gespräche zu führen, ein gemeinsames Tierheim zu bauen, welches auch außerhalb Potsdams liegen kann, jedoch im Nahbereich von Potsdam und verkehrsgünstig erreichbar."

Des Weiteren stellt er folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

Zurückstellung der Drucksache, um die Gespräche des TSV in den Fraktionen abzuwarten.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Somit wird die Drucksache vertagt.

zu 2.10 Tonnagebegrenzung Vorlage: 11/SVV/0634

Fraktionen FDP. Potsdamer Demokraten

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass eine Tonnagebegrenzung nur angeordnet werden kann, wenn eine konkrete Gefahr besteht. Die Anordnung einer präventiven Tonnagebegrenzung ist rechtlich nicht möglich.

Herr Dr. Gunold fragt, ob zu den Gefahren auch Lärm gehört.

Herr Becker verneint dies, und erklärt, dass sich dies auf Straßenschäden bezieht.

Herr Jäkel spricht sich für den Beschluss des Antrages aus.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welchen Straßen im Innenstadtbereich von Potsdam eine Tonnagebegrenzung auf 7,5 Tonnen eingerichtet werden kann.

Eine Berichterstattung soll in der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 2.11 Verwertung Bioabfälle Vorlage: 11/SVV/0635

Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen

Herr Heuer bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) erklärt, dass derzeit das Abfallwirtschaftskonzept (AWK) unter Berücksichtigung der zu erwartenden gesetzlichen Änderungen fortgeschrieben wird. Im Hinblick auf die gesetzlichen Änderungen wurde bereits die Restabfallbehandlung nur für einen relativ kurzen Ausschreibungszeitraum bis zum 31.05.2015 europaweit ausgeschrieben. Hinsichtlich der kurz- und mittelfristig geplanten Maßnahmen im AWK bilden die Möglichkeiten zur Getrenntsammlung von Bioabfällen einen Schwerpunkt. Aussagen zum aktuellen Abschöpfungspotenzial von Bioabfällen soll eine nochmalige, über vier Sortierkampagnen geplante Resthausmüllanalyse liefern, die im Herbst 2011 begonnen werden soll.

Herr Jäkel regt an zu prüfen, ob spezifische Lösungen möglich sind. Dies sollte wohnartspezifisch erfasst werden.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verwertung von Bioabfällen in Potsdam zu prüfen und dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und Ländliche Entwicklung im 1. Quartal 2012 darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: 0 Stimmenthaltung:

zu 2.12 Sitzungskalender 2012

Vorlage: 11/SVV/0571

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Sitzungstermine KOUL-Ausschuss 2012:

Donnerstag, 12. Januar 2012 Donnerstag, 16. Februar 2012 Donnerstag, 22. März 2012 Donnerstag, 19. April 2012 Donnerstag, 24. Mai 2012 Dienstag, 19. Juni 2012 Juli - Sommerpause

Donnerstag, 09. August 2012 Donnerstag, 13. September 2012 Donnerstag, 18. Oktober 2012 Donnerstag, 22. November 2012 Donnerstag, 20. Dezember 2012

Sitzungskalender 2012 für den **KOUL-Ausschuss** Änderungsvorschläge vorgebracht werden, bittet Herr Heuer um Abstimmung über die Sitzungstermine für den Ausschuss.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

2012 Arbeitsgrundlage Sitzungskalender als die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6 0 Ablehnung: Stimmenthaltung:

Dem Sitzungskalender 2012 für den KOUL-Ausschuss wird somit zugestimmt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz

Vorlage: 11/SVV/0482 FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Drucksache wird vertagt.

zu 3.2 Schafgraben

Vorlage: 11/SVV/0599

Oberbürgermeister, FB Grün-und Verkehrsflächen

Frau Rudolph-Henning (FB Grün- und Verkehrsflächen) weist darauf hin, dass finanzielle Mittel für Reparaturen nicht vorhanden sind.

Herr Jäkel spricht sich dafür aus, das Gelände am Schafgraben behutsam zu reparieren. Hier soll keine große Investitionsmaßnahme erfolgen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Berichte und Informationen

zu 4.1 Information zur Katastrophenschutzplanung Forschungsreaktor BER II

Herr Hülsebeck (FB Feuerwehr) macht deutlich, dass es keine veränderte Situation zur Sicherheit des Forschungsreaktors gibt.

Es besteht auch Einigkeit darüber, dass im Katastrophenfall an alle unter 45jährige im Umkreis von 4 km so schnell wie möglich Jodtabletten verteilt werden müssen. Dazu gibt es sehr konstruktive Gespräche. In der nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses können möglicherweise schon detaillierte Informationen gegeben werden.

zu 4.2 Informationen zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung

Frau Hönes (FB Ordnung und Sicherheit) teilt mit, dass beide Satzungen in der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2011 eingebracht werden sollen. Die entsprechenden Unterlagen wurden heute ausgereicht. Es gab eine frühzeitige Beteiligung der Ortsbeiräte.

Frau Müller-Preinesberger weist auf die noch offenen Fragen von Herrn Rietz hin. Diese werden durch Frau Spyra per e-Mail an Herrn Rietz geschickt und als Anlage an das Protokoll ausgereicht.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass Frau Spyra Genesungswünsche des Ausschusses an Herrn Rietz übermittelt.

zu 4.3 Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz

Frau Donat (Anwohnerin) bedankt sich, dass das Thema in die Tagesordnung des Ausschusses aufgenommen wurde. Sie schildert die Situation vor Ort und weist darauf hin, dass der Verkehr und die damit im Zusammenhang stehende Lärmbelastung zugenommen hat, insbesondere durch LKW-Verkehr.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass es eine Stellungnahme der Verwaltung gibt, die auch im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden behandelt wurde. Im Ergebnis wurde die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss bis zum 29.09.2011 Auskunft darüber zu erteilen, wie die zeitliche Einordnung der Umsetzung der aus den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Untersuchungen abzuleitenden Maßnahmen vorgesehen ist.

Dies wird dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zugearbeitet.

Herr Heuer schlägt vor, dass Frau Donat Antwort des Ausschuss für Eingaben und Beschwerden abwartet. Sollte es danach weiteren Klärungsbedarf besteht, müsse dies durch Frau Donat signalisiert werden.

Frau Müller-Preinesberger empfiehlt Frau Donat, direkt Kontakt zur Verwaltung aufzunehmen.

zu 5 Sonstiges

Nächster Ausschuss für KOUL - 20. Oktober 2011, 18:00 Uhr

Pete Heuer Ausschussvorsitzender Martina Spyra Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Niederschrift

30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin: Donnerstag, 15.09.2011

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 20:55 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer DIE LINKE Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold DIE LINKE Frau Gudrun Hofmeister DIE LINKE Herr Ralf Jäkel DIE LINKE

Herr Dr. Ralf Otto SPD

Herr Andreas Menzel Bündnis 90/Die Grünen anwesend bis 20:36 Uhr

Herr Björn Teuteberg FDP

Herr Sven Brödno Die Andere anwesend bis 20:36 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Horst Heinzel CDU

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Walter Grüne/B90

Herr Hans Becker Aktionsbündnis N/W

Herr Marcus Krause SPD
Frau Jacqueline Krüger FDP
Frau Elke Lentz SPD
Herr Wolfgang Schwarze DIE LINKE
Herr Wolfgang Schütt CDU/ANW

Herr Horst Siebenhaar

Herr Andreas Vogel DIE LINKE

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete

Soziales, Jugend, Gesundheit

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

HerrHans-Peter MichalskeSPDentschuldigtHerrKlaus RietzANWentschuldigtHerrWolfhard KirschBürgerBündnisentschuldigt

sachkundige Einwohner

HerrTino HenningDIE LINKEnicht entschuldigtHerrManfred KleinertAktionsbündnis N/WentschuldigtHerrAndreas KönigBehindertenbeiratentschuldigtHerrHolger WolinskiSPDentschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
 öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011 / Feststellung der öffentlichen
 Tagesordnung
- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 2.1 Linden in der Seepromenade erhalten

Vorlage: 09/SVV/0843

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -
- 2.2 Groß Glienicke Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade

Vorlage: 10/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- Wiedervorlage -
- 2.3 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke

Vorlage: 10/SVV/0630

Fraktion SPD

mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

2.4 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen

Vorlage: 11/SVV/0534

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

2.5 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am

Böttcherberg"

Vorlage: 11/SVV/0558

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

2.6 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur

Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung

Vorlage: 11/SVV/0604

FB Stadtplanung und Bauordnung

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2.7 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

2.8 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam

(Parkgebührenordnung) Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

2.9 Tierheimneubau

Vorlage: 11/SVV/0617 Fraktion DIE LINKE

2.10 Tonnagebegrenzung

Vorlage: 11/SVV/0634

Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten

2.11 Verwertung Bioabfälle

Vorlage: 11/SVV/0635

Fraktionen SPD. Bündnis 90/ Die Grünen

2.12 Sitzungskalender 2012

Vorlage: 11/SVV/0571

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

3	Mitteilungen der Verwaltung
3.1	Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz Vorlage: 11/SVV/0482 FB Grün- und Verkehrsflächen
3.2	Schafgraben Vorlage: 11/SVV/0599 Oberbürgermeister, FB Grün-und Verkehrsflächen
4	Berichte und Informationen
4.1	Information zur Katastrophenschutzplanung Forschungsreaktor BER II
4.2	Informationen zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung
4.3	Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz
5	Sonstiges
<u>Nichtöffent</u>	tlicher Teil
6	Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011
Protokoll:	
Öffentliche	r Teil

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

Eröffnung der Sitzung

zu 1

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 18.08.2011

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Heuer schlägt vor, die Mitteilungsvorlage 11/SVV/0482 "Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz" (TOP 3.1) bis zur nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses zu vertagen, da Vertreter der EWP und der Pro Potsdam anwesend sein sollten.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 4.3 "Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz" weist Herr Heuer darauf hin, dass es hier offensichtlich ein Informationsdefizit gab. Als Herr Dr. Gunold beantragt hat, dies im KOUL-Ausschuss zu thematisieren, war noch nicht bekannt, dass sich auch der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden mit diesem Thema befassen wird.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass sich der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden am 06.09.2011 mit der Eingabe befasst hat. Im Ergebnis wurde die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss bis zum 29.09.2011 Auskunft darüber zu erteilen, wie die zeitliche Einordnung der Umsetzung der aus den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Untersuchungen abzuleitenden Maßnahmen vorgesehen ist.

Da es zu diesem Tagesordnungspunkt einen Antrag auf Rederecht von Frau Donat als Anwohnerin gibt, schlägt Herr Heuer vor, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen und nach TOP 2.4 zu behandeln. Bezüglich des Verfahrens regt er an, Frau Donat die Möglichkeit einzuräumen, die Situation zu schildern und dann den Vorgang zurück an den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zu überweisen.

Des Weiteren informiert Herr Heuer, dass zu den Drucksachen 10/SVV/0630 "Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke" und 11/SVV/0534 "Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen" durch die Fraktion CDU/ANW Rederecht für Herr Mensch beantragt wurde.

Da es keine weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung

gibt, bittet Herr Heuer um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Frau Donat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9 Ablehnung: 0 Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Herrn Mensch.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Stimmenthaltung:

zu 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 2.1 Linden in der Seepromenade erhalten

Vorlage: 09/SVV/0843

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 2.1 bis 2.4 gemeinsam zu beraten und dann zu den einzelnen Drucksachen gesondert ein Votum abzugeben.

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Rudolph-Henning (FB Grün- und Verkehrsflächen) schildert anhand von Fotos die Situation vor Ort. Sie erörtert die Kompromissvariante für die Baumaßnahme in der Seepromenade, zu der sich die Verwaltung mit dem Ortsbeirat Groß Glienicke verständigt hat. Sie stellt das Ergebnis der Anhörung vor und macht dabei deutlich, dass sich ein großer Teil der Anlieger (68 %) gegen die Baumaßnahme ausgesprochen haben. Anschließend präsentiert Frau Rudolph-Henning die Ablehnungsgründe.

Sie verweist auf die geänderte Begründung zur DS 10/SVV/0600, die auch bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ausgereicht und beraten wurde.

Durch die Änderungen werden sich die finanziellen Auswirkungen verringern.

Frau Rudolph-Henning erklärt, dass zwischen Hechtsprung und Bergstraße

beidseitig Gehwege in einer Breite von 1,5 m angelegt und mit Betonsteinpflaster befestigt werden. Eine Erneuerung der Straßenbeleuchtung erfolgt lediglich im Bereich zwischen Hechtsprung und Bergstraße im östlichen Gehwegbereich. Für die nunmehr geplante Baumaßnahme sind statt der ursprünglich vorgesehenen 49 Baumfällungen nur noch 25 Baumfällungen erforderlich. Dafür werden insgesamt 40 Ersatzpflanzungen vor Ort als Lückenschluss in der Baumreihe vorgenommen.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) teilt mit, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke das Thema sehr intensiv begleitet hat. Der Ortsbeirat spricht sich für den Ausbau der Seepromenade aus. Er weist darauf hin, dass die Regenentwässerung hier ein dringendes Problem ist.

Herr Menzel teilt nicht die Ansicht der Verwaltung. Er bittet die Verwaltung, sparsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen und nicht grundhaft auszubauen. Er befürchtet, dass alle vorhandenen Bäume Schaden nehmen und gefällt werden müssen, wenn man dem Vorschlag der Verwaltung folgt.

Herr Heuer erklärt namens der SPD-Fraktion, dass die DS 10/SVV/0630 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Herr Heinzel zieht den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW zurück. Er wird dem Votum des Ortsbeirates Groß Glienicke folgen.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Drucksache 09/SVV/0843.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, dafür Sorge zu tragen, auch im Falle des Ausbaus der Seepromenade in Groß Glienicke, die entlang der Straße stehenden Lindenbäume zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.2 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade Vorlage: 10/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- Wiedervorlage -

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Ausbau der Seepromenade im Teilabschnitt von der Richard-Wagner-Straße bis zur Bergstraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz und der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006 (Straßenausbaubeitragssatzung)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6 Ablehnung: 3 Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.3 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke

Vorlage: 10/SVV/0630

Fraktion SPD

mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

Herr Heuer erklärt namens der SPD-Fraktion, dass die DS 10/SVV/0630 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

zu 2.4 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen Vorlage: 11/SVV/0534

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die von Prof. Sieker vorgeschlagene alternative Straßenentwässerungslösung (s. Anlage) von unabhängiger Seite prüfen zu lassen. Dabei sind Machbarkeit und die Kosten mit dem Vorschlag der Verwaltung zu vergleichen. Vor weiteren Schritten des von der Verwaltung beförderten grundhaften Ausbaus ist bis zum Vorliegen des Prüfergebnisses abzusehen. Dezentrale Straßenentwässerungsanlagen sind in der Seepromenade als Pilotanlage und zukünftig an anderen Straßen stadtweit zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3 Ablehnung: 6 Stimmenthaltung: 0

Somit ist die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.5 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am Böttcherberg"

Vorlage: 11/SVV/0558

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Heuer informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen die vorliegende Drucksache abgelehnt hat. Er bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Neubau der Straßenbeleuchtung in Potsdam- Klein Glienicke "Am Böttcherberg" (Wannseestraße bis Tannenweg) als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0 Ablehnung: 5 Stimmenthaltung: 4

Somit ist die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.6 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung Vorlage: 11/SVV/0604

FB Stadtplanung und Bauordnung

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Holtkamp (FB Stadtplanung und Bauordnung) bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass es eine enge Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat Groß Glienicke gegeben hat und dieser bereits seine Zustimmung erteilt hat.

Herr Menzel bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet diesen. Er bittet die Ausschussmitglieder, ihre Verantwortung für die gesamte Stadt wahrzunehmen und warnt vor dem Beschluss der Verwaltungsvorlage.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) macht deutlich, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke mit einer Ausnahme das Vorhaben der Verwaltung befürwortet. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde durch den Ortsbeirat abgelehnt.

Frau Holtkamp erklärt, dass sich der Ortsbeirat Groß Glienicke auch mit möglichen Negativauswirkungen für das Seecenter befasst hat. Es gab auch eine Beteiligung von Nachbargemeinden, die sich ausschließlich positiv geäußert haben.

Herr Schütt fragt nach den Aussagen der Träger öffentlicher Belange, die nicht mit der vorliegenden Drucksache ausgereicht wurden.

Frau Holtkamp erklärt, dass diese dann mit der Beschlussvorlage zum Satzungsbeschluss vorgelegt werden.

Herr Brödno fragt, wer der Investor ist und in welchem Umfang investiert werden soll.

Frau Holtkamp kann diese Information aus Datenschutzgründen nicht geben. Externe Kosten sind der Verwaltung nicht bekannt.

Herr Menzel macht deutlich, dass das Vorhaben seiner Meinung nach im Widerspruch zum Einzelhandelskonzept steht.

Herr Teuteberg regt an, keine voreilige Entscheidung zu treffen und die Stellungnahmen vor der Abgabe eines Votums auszureichen.

Er stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Vertagung der DS 11/SVV/0604 sowie Ausreichung der kompletten Zusammenstellung aller Stellungnahmen bis zur nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 2.7 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen 11/SVV/0641 "Parkraumbewirtschaftungskonzept" und 11/SVV/0642 "Parkgebührenordnung" wegen ihres inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam zu beraten und dann zu den Drucksachen gesondert ein Votum abzugeben.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation das Parkraumbewirtschaftungskonzept. Dabei stellt er den Geltungsbereich vor und geht auf die Erhebung der Parkraumnachfrage ein. Anschließend erörtert er folgende Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation ergriffen werden sollen:

- 1. Anpassung der Parkraumbewirtschaftungskosten
- 2. Neuordnung der Bewohnerparkzonen
- 3. Sonntagsbewirtschaftung im Innenstadtbereich
- 4. Erhöhung der Parkgebühren.

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Parkgebühren macht Herr Becker deutlich, dass die Parkhäuser in der Innenstadt lediglich zu 50 % bis 60 % ausgelastet werden. Dem soll damit entgegengewirkt werden.

Herr Teuteberg gibt zu bedenken, dass durch die Erhöhung der Parkgebühren die Kaufkraft gemindert werden könnte.

Er bringt die beiden Änderungsanträge der FDP-Fraktion ein und begründet diese.

Herr Jäkel unterstützt die Erweiterung der Parkmöglichkeiten für Bewohner. Er bringt einen Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Herr Schütt weist darauf hin, dass die Parkhäuser privat gebaut und betrieben werden. Er spricht sich für den Änderungsantrag von Herrn Jäkel aus.

Frau Lentz macht darauf aufmerksam, dass sich dieser Ausschuss mit Klima und Umwelt befassen sollte, nicht mit der Wirtschaftsförderung. Sie macht deutlich, dass für einen Stadtbummel nicht die Kurzzeitparkplätze entscheidend sind.

Herr Schwarze spricht sich dafür aus, nicht die Preise zu erhöhen, sondern intelligente Lösungen zu finden, auch für Kurzzeitparken.

Herr Menzel spricht sich für die Erhöhung der Parkgebühren aus, um die Autos von der Stadt fernzuhalten.

Herr Dr. Gunold macht deutlich, dass eine attraktive Innenstadt für ihn nicht bedeutet, dass jeder bis vor jede Tür fahren kann. Er kann keinem der Änderungsanträge zustimmen.

Aus seiner Sicht sollen Möglichkeiten geschaffen werden, um den Individualverkehr aus der Innenstadt fernzuhalten.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass teurere Parkplätze nicht dafür sorgen, dass die Innenstadt entvölkert wird. Sie weist auch darauf hin, dass die Stadtverordneten sich

dafür ausgesprochen haben, dass Potsdam eine fahrradfreundliche Stadt sein soll. Der zufließende Verkehr soll möglichst vor der Stadt bleiben, auch im Sinne des Klimaschutzes.

Herr Brödno spricht sich gegen die Erhöhung der Parkgebühren aus.

Herr Teuteberg zieht den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion "Parkraumbewirtschaftung – Zentralität" zurück.

Herr Heuer macht deutlich, dass der derzeitige Zustand in der Innenstadt sehr unbefriedigend für die Bewohner ist. Die tatsächlichen Probleme bestehen darin, dass Parkplätze durch Gäste von außerhalb den ganzen Tag belegt werden. Mit dem Antrag der FDP-Fraktion soll nicht vorhandener Parkplatz lediglich auf eine größere Fläche verteilt werden soll.

Er spricht sich für die Vorschläge der Verwaltung aus.

Herr Heinzel betont, dass im vorliegenden Konzept das Thema P+R-Parkplätze völlig vernachlässigt wurde. Aus seiner Sicht gehört zu einem Konzept mehr.

Herr Becker erklärt, dass das P+R-Konzept gesondert erstellt wird. Hier sollen kostenlose Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Deshalb gehört dies nicht in das Parkraumbewirtschaftungskonzept.

Herr Heinzel weist auf die Vorteile des Handyparkens hin, die hier nicht erwähnt wurden.

Herr Teuteberg regt an, das Thema Handyparken in einer anderen Sitzung des KOUL-Ausschusses zu beraten.

Er nimmt Bezug auf die Auslastung der Parkhäuser und fragt, wie beeinflusst werden soll, dass diese ihre Gebühren nicht auch erhöhen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Lärmaktionsplan, den Luftreinhalteplan sowie das Klimaschutzkonzept und betont, dass hier das Ziel sein müsste, den Verkehr aus der Stadt herauszuhalten.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion FDP Parkraumbewirtschaftungskonzept – Mischparken:

Ergänzungsantrag:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept wird wie folgt ergänzt:

"Die Umsetzung des Punktes 5. Erhöhung der Parkgebühren unter denen im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen und Zielen erfolgt unter der Bedingung, dass Potsdam eine Zentralität von 100 erreicht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 1

Somit ist der Ergänzungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer Bittet um Abstimmung über die vorliegende Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam als Grundlage zur Änderung der Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6 Ablehnung: 3 Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.8 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)

Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Jäkel.

Änderungsantrag:

Der Absatz 3 Parkgebühren ist im Punkt 3.1 Parkzone 1 wie folgt zu ändern:

"Die Parkgebühren betragen für das Parken je Zeiteinheit in den Grenzen der Parkzone 1: Je halbe Stunde 0,50 € für Parkzeiten bis einschließlich 3 Stunden.

Die Parkgebühren betragen

Je halbe Stunde 1,00 € für Parkzeiten größer al 3 Stunden."

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4 Ablehnung: 5 Stimmenthaltung: 0

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4 Ablehnung: 5 Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.9 Tierheimneubau

Vorlage: 11/SVV/0617 Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Gunold bringt den Antrag ein und macht dabei deutlich, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus seiner Sicht kein Änderungsantrag sondern eine eigener Antrag ist.

Herr Menzel bringt folgenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet diesen.

"Die Beschlüsse zum Tierheimneubau **07/SVV/0738**, **08/SVV/0743** und **09/SVV/1008** sind aufzuheben. Die momentane Ausschreibung zum Neubau und Betrieb eines Tierheimes mit angekoppeltem Sozialprojekt ist zu stoppen.

Des weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Stadt Brandenburg a. d. H. Gespräche mit dem Ziel zu führen, ein

Seite: 12/17

gemeinsames Tierheim zu bauen, welches auch außerhalb Potsdams liegen kann. Dabei sind für einen potenziellen Tierheimneubau nachstehende Kriterien zu berücksichtigen.

- 1. Dem Natur- und Tierschutzgedanke einen hohen Stellenwert bei der Entscheidungsfindung einzuräumen.
- 2. Die zahlreichen ehrenamtlichen TierschützerInnen bei ihrer Arbeit zu unterstützen.
- Alle potentiellen Standorte sollten mit Standortkriterien und potentiellen oder tatsächlichen Problemfaktoren vor Ort in die Entscheidungsmatrix den Stadtverordneten vorgelegt werden, damit ein breiter Konsens für eine Standortentscheidung zu Stande kommt.
- 4. Die Entscheidung darüber in welcher Form, dass Tierheim realisiert und inwiefern künftig mit dem Tierschutzverein Potsdam zusammengearbeitet wird, haben die Stadtverordneten auf Basis der oben benannten Voraussetzungen zu treffen."

Herr Heinzel weist darauf hin, dass dem Tierschutzverein genügend mögliche Grundstücke aufgezeigt wurden. Es muss aber einem Tierheimbau ein tragfähiges Konzept vorangestellt werden.

Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass man sich nicht ausschließlich an den Tierschutzverein bezüglich des Baus eines neuen Tierheimes wenden kann. Damit besäße der TSV eindeutig einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Interessenten. Man sollte dies auch nicht an einem konkreten Grundstück auf dem Gebiet der LHP festmachen.

Herr Dr. Gunold weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE enger gefasst und auch schneller umzusetzen ist.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass sich der Tierschutzverein um das in Rede stehende Grundstück bemühen kann. Dem TSV kann nicht ohne Ausschreibung durch die LHP ein Grundstück zur Verfügung gestellt werden.

Herr Jäkel beantragt folgende Änderung zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und begründet dies.

Der erste Satz ist wie folgt zu ändern:

"Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark Gespräche zu führen, ein gemeinsames Tierheim zu bauen, welches auch außerhalb Potsdams liegen kann, jedoch im Nahbereich von Potsdam und verkehrsgünstig erreichbar."

Des Weiteren stellt er folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

Zurückstellung der Drucksache, um die Gespräche des TSV in den Fraktionen abzuwarten.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Somit wird die Drucksache vertagt.

zu 2.10 Tonnagebegrenzung Vorlage: 11/SVV/0634

Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass eine Tonnagebegrenzung nur angeordnet werden kann, wenn eine konkrete Gefahr besteht. Die Anordnung einer präventiven Tonnagebegrenzung ist rechtlich nicht möglich.

Herr Dr. Gunold fragt, ob zu den Gefahren auch Lärm gehört.

Herr Becker verneint dies, und erklärt, dass sich dies auf Straßenschäden bezieht.

Herr Jäkel spricht sich für den Beschluss des Antrages aus.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welchen Straßen im Innenstadtbereich von Potsdam eine Tonnagebegrenzung auf 7,5 Tonnen eingerichtet werden kann.

Eine Berichterstattung soll in der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 2.11 Verwertung Bioabfälle Vorlage: 11/SVV/0635

Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen

Herr Heuer bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) erklärt, dass derzeit das Abfallwirtschaftskonzept (AWK) unter Berücksichtigung der zu erwartenden gesetzlichen Änderungen fortgeschrieben wird. Im Hinblick auf die gesetzlichen Änderungen wurde bereits die Restabfallbehandlung nur für einen relativ kurzen Ausschreibungszeitraum bis zum 31.05.2015 europaweit ausgeschrieben. Hinsichtlich der kurz- und mittelfristig geplanten Maßnahmen im AWK bilden die Möglichkeiten zur Getrenntsammlung von Bioabfällen einen Schwerpunkt. Aussagen zum aktuellen Abschöpfungspotenzial von Bioabfällen soll eine nochmalige, über vier Sortierkampagnen geplante Resthausmüllanalyse liefern, die im Herbst 2011 begonnen werden soll.

Herr Jäkel regt an zu prüfen, ob spezifische Lösungen möglich sind. Dies sollte wohnartspezifisch erfasst werden.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verwertung von Bioabfällen in Potsdam zu prüfen und dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und Ländliche Entwicklung im 1. Quartal 2012 darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6 Ablehnung: 0 Stimmenthaltung: 0

zu 2.12 Sitzungskalender 2012

Vorlage: 11/SVV/0571

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Sitzungstermine KOUL-Ausschuss 2012:

Donnerstag, 12. Januar 2012 Donnerstag, 16. Februar 2012 Donnerstag, 22. März 2012 Donnerstag, 19. April 2012 Donnerstag, 24. Mai 2012 Dienstag, 19. Juni 2012

Juli - Sommerpause

Donnerstag, 09. August 2012 Donnerstag, 13. September 2012 Donnerstag, 18. Oktober 2012 Donnerstag, 22. November 2012 Donnerstag, 20. Dezember 2012

Da zum Sitzungskalender 2012 für den KOUL-Ausschuss keine Änderungsvorschläge vorgebracht werden, bittet Herr Heuer um Abstimmung über die Sitzungstermine für den Ausschuss.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2012 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Dem Sitzungskalender 2012 für den KOUL-Ausschuss wird somit zugestimmt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz

Vorlage: 11/SVV/0482

FB Grün- und Verkehrsflächen Die Drucksache wird vertagt.

zu 3.2 Schafgraben

Vorlage: 11/SVV/0599

Oberbürgermeister, FB Grün-und Verkehrsflächen

Frau Rudolph-Henning (FB Grün- und Verkehrsflächen) weist darauf hin, dass finanzielle Mittel für Reparaturen nicht vorhanden sind.

Herr Jäkel spricht sich dafür aus, das Gelände am Schafgraben behutsam zu reparieren. Hier soll keine große Investitionsmaßnahme erfolgen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Berichte und Informationen

zu 4.1 Information zur Katastrophenschutzplanung Forschungsreaktor BER II

Herr Hülsebeck (FB Feuerwehr) macht deutlich, dass es keine veränderte Situation zur Sicherheit des Forschungsreaktors gibt.

Es besteht auch Einigkeit darüber, dass im Katastrophenfall an alle unter 45jährige im Umkreis von 4 km so schnell wie möglich Jodtabletten verteilt werden müssen. Dazu gibt es sehr konstruktive Gespräche. In der nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses können möglicherweise schon detaillierte Informationen gegeben werden.

zu 4.2 Informationen zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung

Frau Hönes (FB Ordnung und Sicherheit) teilt mit, dass beide Satzungen in der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2011 eingebracht werden sollen. Die entsprechenden Unterlagen wurden heute ausgereicht. Es gab eine frühzeitige Beteiligung der Ortsbeiräte.

Frau Müller-Preinesberger weist auf die noch offenen Fragen von Herrn Rietz hin. Diese werden durch Frau Spyra per e-Mail an Herrn Rietz geschickt und als Anlage an das Protokoll ausgereicht.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass Frau Spyra Genesungswünsche des Ausschusses an Herrn Rietz übermittelt.

zu 4.3 Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz

Frau Donat (Anwohnerin) bedankt sich, dass das Thema in die Tagesordnung des Ausschusses aufgenommen wurde. Sie schildert die Situation vor Ort und weist darauf hin, dass der Verkehr und die damit im Zusammenhang stehende Lärmbelastung zugenommen hat, insbesondere durch LKW-Verkehr.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass es eine Stellungnahme der Verwaltung gibt, die auch im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden behandelt wurde. Im Ergebnis wurde die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss bis zum 29.09.2011 Auskunft darüber zu erteilen, wie die zeitliche Einordnung der Umsetzung der aus den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Untersuchungen abzuleitenden Maßnahmen vorgesehen ist. Dies wird dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zugearbeitet.

Herr Heuer schlägt vor, dass Frau Donat Antwort des Ausschuss für Eingaben und Beschwerden abwartet. Sollte es danach weiteren Klärungsbedarf besteht, müsse dies durch Frau Donat signalisiert werden.

Frau Müller-Preinesberger empfiehlt Frau Donat, direkt Kontakt zur Verwaltung aufzunehmen.

zu 5 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

zu 6 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011

Landeshauptstadt Potsdam Stadtverordnetenversammlung

Anwesenheitsliste

Gremium Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung			Sitzungstag	Sitzungs-Nr.	Sitzungsdauer: von - bis	
			15.09.2011	30.	18:00	Uhr
Sitzungsleitung:	Herr Pete H	leuer				
Name, Vorname		Fraktio	on	anwesend: von - bis	Unterschrift	
Ausschussvorsitzen	der			_		
Herr Pete Heuer		SPD				
Ausschussmitgliede	r			1		
Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold		DIE LI	NKE			
Frau Gudrun Hofmeister		DIE LI	NKE			
Herr Ralf Jäkel		DIE LINKE				
Herr Hans-Peter Mic	halske	SPD				
Herr Dr. Ralf Otto		SPD				
Herr Klaus Rietz		CDU/	ANW			
Herr Andreas Menzel		Bündr Grüne	nis 90/Die n			
Herr Björn Teuteberg	9	FDP				
Herr Sven Brödno		Die Ar	ndere			
Herr Wolfhard Kirsch		Bürge	rBündnis			
stellv. Ausschussmi	tglieder			1		
Herr Peter Kaminski		DIE LI	NKE			
Frau Solveig Sudhof	f	DIE LI	NKE			
Herr Stefan Wollenb	erg	DIE LI	NKE			

		T
Herr Volker Klamke	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Horst Heinzel	CDU/ANW	
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW	
Herr Stefan Becker	FDP	
Frau Anja Heigl	Die Andere	
Frau Anke Lehmann	Die Andere	
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
sachkundige Einwohner		
Herr Andreas Walter	Grüne/B90	
Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Herr Tino Henning	DIE LINKE	
Herr Manfred Kleinert	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Jacqueline Krüger	FDP	
Herr Andreas König	Behindertenbeirat	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Wolfgang Schwarze	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Horst Siebenhaar	Seniorenbeirat	
Herr Andreas Vogel	DIE LINKE	
Herr Holger Wolinski	SPD	

Beigeordnete

		ĺ
Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete	
	Soziales, Jugend,	
	Gesundheit	